

Der Tabak-**Arbeiter**

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporteurs sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Bringerlohn, per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 89 Pfg. Vorausbezahlung.

Inserate müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 5 gespaltene Petitzeile kostet 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergesuche sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. zu senden.

Nr. 2.Sonntag, den 8. Januar.1911.

Hungerjahre.

Das verfllossene Jahr ist eine einzige schwere Anklage gegen die Regierung und die konservativ-ultramontane Mehrheit des Reichstags, die durch die — jetzt bereits wieder bankrotte — Finanzreform über Hunderttausende Not und Elend, Arbeitslosigkeit und Hunger verhängt haben. Am schwersten litt unter den steuerbelasteten Industrien die Tabakindustrie. Massen von Arbeitern fielen der Arbeitslosigkeit zum Opfer, aber auch zahlreiche Kleinfabrikanten büßten infolge der mörderischen Wirkung der neuen Tabakbesteuerung ihre Existenz ein. Die Wirkung des Tabaksteuergesetzes vom Jahre 1909 übersteigt weit diejenige der Tabakbesteuerung vom Jahre 1879.

Gegenüber dieser traurigen Tatsache wagt es ein Reichstagssekretär, zu behaupten, daß „die Schwierigkeit und Dauer des Uebergangszustandes beim Tabak weitaus geringer sein dürfte, als bei früheren Steuern“. Mit dieser Schönfärberei glaubt der Schatzsekretär den Groll über die neuen indirekten Steuern dämpfen zu können, bedenkt aber nicht, daß die unter dem Steuerraubzug Leidenden durch die Vertuschung der Zustände noch mehr gereizt und mehr tiefer vom Groll erfaßt werden. Ueber die Dauer des Ueberganges hat sich der Schatzsekretär im Laufe des Jahres schon mehrmals getäuscht und dabei baldige Ueberwindung des Uebergangsstadiums prophezeit. Er wurde darin durch dienstbeflissene Schwäher, wie den Abg. Erzberger unterstützt; aber Tatsachen sind harte Dinge, sie lassen sich nicht hinwegschwächen und leugnen. Immer aufs neue bricht das Unglück der Arbeitslosigkeit hervor, das der Minderkonsum, erzeugt durch die Verteuerung der Waren, zur Folge haben muß.

War es übrigens des Schatzsekretärs ernstliche Auffassung, glaubte er wirklich an die baldige Ueberwindung der gräßlichen Wirkung der Tabaksteuer, dann muß man ihm den Vorwurf der Unkenntnis wirtschaftlicher Verhältnisse, auch jener der Tabakindustrie, machen. Freilich schlug er alle Mahnungen und Voraussetzungen während der Debatten über diese Dinge in den Wind und verhartete fast methodisch bei seiner Auffassung. Daraus gewann er auch den Mut, den arbeitslos gemachten Tabakarbeitern die ihnen gesetzlich garantierte Unterstützung unberechtigterweise zu entziehen, eine abscheuliche Handlung, die seinen Charakter in einem ganz andern Lichte erscheinen läßt, als er ihn in den Konferenzen mit den Vertretern der Tabakarbeiter hervorkehrte. Wo bleibt bei dieser Handlungsweise das Wohlwollen, das er vor verammeltem Reichstage für die durch das Gesetz Geschundenen aussprach? Wahrscheinlich, es ist ein zwingendes Gebot, die Arbeiter vor Vertrauenslosigkeit in die Worte und Versprechungen von Regierungsmenschen zu warnen, denn der Schatzsekretär hat tatsächlich entgegengesetzt gehandelt, als er geredet hat. Es wird ihm aber nicht gelingen, seine Handlungsweise durch schönfärbische Behauptungen zu rechtfertigen, das Unglück der Tabaksteuer spricht zu laut, als daß es sich hinwegschwächen ließe.

Die Zigarrenindustrie kann ihren alten Stand nicht wieder erringen. Drückt und verringert die Verteuerung der Waren den Konsum an und für sich schon, so kommt noch hinzu, daß durch diese Verteuerung der Konsum an Zigarren abgemindert wird auf die viel billigere Zigarette. Ist der Geschmack einmal in diese Richtung gedrängt, dann entsagt er für die Dauer fast völlig dem Zigarrenkonsum. Das hat sich seit der Einführung der neuen Tabaksteuer bereits gezeigt. In der Tat hat die Zigarettenfabrikation zugenommen, wobei freilich nicht vergessen werden darf, daß auch sie durch die Steuer mehr zu dem Arbeiter freisetzenden Maschinenbetrieb übergegangen ist. Durch die Förderung des Vorranges der Zigarette vor die Zigarre ist der Zigarrenindustrie ein nie zu verwindender Schlag verfehlt worden.

Was das bedeutet, kann man erst richtig ermessen, wenn man die Arbeiterzahl der beiden verwandten Industrien vergleicht. Infolge der Maschinenarbeit geht die Arbeiterzahl in der Zigarettenindustrie verhältnismäßig, also trotz der steigenden Produktion, zurück, sie beträgt jetzt vielleicht 12000. In der Zigarrenindustrie waren aber vor der Einführung des Unglücksgesetzes ca. 150 000 Arbeiter beschäftigt. Diese Arbeiterzahlen lassen erkennen, daß die Zigarrenindustrie durch jede Einschränkung unendlich schwerer betroffen wird. Natürlich sind es in erster Linie die Arbeiter, die darunter leiden. Aber was gelten den Regierenden und ihren Handlangern die Arbeiter!

Hat nun die neue Tabaksteuer der Zigarette einen Vorprung vor der Zigarre verschafft, so kann darum die Zigarettenindustrie die Wirkung der neuen Steuer leichter überwinden, und es klingt fast wie blutiger Hohn, wenn der Schatzsekretär diesen Umstand benützt, um abermals eine baldige Ueberwindung der schlimmen Lage der Zigarrenindustrie zu prophezeien. Oder sollte er auch diese wirtschaftlichen Vorgänge nicht kennen? —

Noch einen Umstand benützte der Schatzsekretär, um eine Ueberwindung der Krise in der Zigarrenindustrie behaupten zu können. Die Einfuhr ausländischer Tabaks

ist gegen das Vorjahr wieder gestiegen und zwar in den Monaten September, Oktober und November vorigen Jahres beinahe auf die Höhe, wie vor dem neuen Tabaksteuergesetz. Das soll als Beweis für die Ueberwindung der Krise gelten. Das ist aber falsch, wie sich bald herausstellen wird.

Erstens ist der Tabakverbrauch letzten Jahres nicht auf der Höhe wie vor dem Gesetz, dann aber kommt in Betracht, daß wegen des Weihnachtsgeschäfts in den angegebenen Monaten mehr Tabak benötigt wurde, wie das sonst auch der Fall war. Aber noch eins darf nicht vergessen werden.

Vor dem neuen Tabaksteuergesetz konnte jährlich mit einer relativen Zunahme des Tabakverbrauchs gerechnet werden, weil die Bevölkerungszahl und mit ihr auch der Konsum an Zigarren wuchs. Das ergab sich auch aus den wachsenden Einnahmen des Reichs aus der damaligen Besteuerung des Tabaks.

Seit der Einführung der höheren Besteuerung ist nun wohl, wie früher, die Bevölkerungszahl gewachsen, aber der Konsum an Zigarren ist viel geringer als früher, ergo ist der Ausfall doppelt schwer zu veranschlagen. Selbst wenn die Tabakeinfuhr die gleiche Höhe wie früher erreichen würde, bliebe immer noch ein Ausfall zu konstatieren gegenüber der Zunahme der Bevölkerung. Sieht man sich also die Behauptungen des Schatzsekretärs genauer an — des Schwäher's Erzberger, der jetzt den freiwilligen Regierungskommissar spielt, nicht zu gedenken —, so können sie an den tatsächlichen Verhältnissen in der Zigarrenindustrie nicht Stand halten — wenn sie überhaupt nicht bloß Spiegelfechterei sind.

Die nächsten Monate werden jedermann zeigen, daß das Unglück des Tabaksteuergesetzes weiter wütet. In dieser Zeit wird es auch Gelegenheit geben, die Behauptungen des Schatzsekretärs abermals im Reichstage zu korrigieren und seiner Schönfärberei, die ja doch nur den Unmut über den Steuerraubzug beseitigen soll, den Boden zu entziehen.

Die Hauptsache ist aber, daß jeder Arbeiter, jeder werktätige Mensch dahin trachtet und alles darauf Abzielende unterstützt, solche Raubzüge unmöglich zu machen.

Märchen.

Mit einer verdächtigen Einmütigkeit kultiviert die Presse des Schnapsbloats unter Anführung der großindustriellen Scharmacher das Märchen von einer drückenden Last durch die Sozialversicherung. Durch Angabe einiger, oft unkontrollierbarer Zahlen und durch unsinnige Berechnungen, bei denen Steuern, Versicherungsbeiträge usw. auf das Aktienkapital und den Reingewinn bezogen werden, versucht man den Anschein zu erwecken, als stelle die Sozialpolitik die Existenzfähigkeit der Unternehmungen in Frage. Man inszeniert dabei eine wütende Hege gegen die Gewerkschaften, angeblich, weil diese durch die Lohnforderungen die Industrie direkt konkurrenzunfähig machen und daher eine Beschränkung der Gewerkschaftsmacht im Interesse der nationalen Industrie erforderlich sei. Da merkt man schon die Abicht der Hege. Doch mit den Motiven der Beutejäger wollen wir uns jetzt nicht beschäftigen; es soll nur wieder einmal nachgewiesen werden, daß sie mit den Klagen über soziale Lasten Märchen erzählen. Wir benutzen dazu die amtlichen Angaben über die Arbeiterversicherung im Jahre 1908, enthalten im Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich (1910). Nach den amtlichen Zahlen gewinnt man diese Aufstellung:

Versicherung	Zahl der Versicherten	Auswendung der Unternehmer Mk.	Auswendung pro Arbeiter	
			im Jahre Mk.	für den Arbeitst- tag Pfenning
Kranken	13 189 599	114 913 900	8.71	2.90
Invaliden	15 228 000	92 211 200	6.05	2.02
Unfall überhaupt	23 674 000	181 596 600	7.67	2.56
Gewerblich allein	8 917 772	147 874 400	16.58	5.53
Landwirtschaft . .	17 179 000	39 877 900	2.32	0.77

Für alle drei Versicherungszweige haben die Unternehmer im Jahre 1908 demnach für 52 089 509 Versicherungsfälle 388 721 600 Mk. aufwenden müssen. Das ergibt pro Fall 7.46 Mk. und pro Fall und Arbeitstags 2.49 Pfenninge.

Untersuchen wir nun noch, wie groß die Leistung des gewerblichen Unternehmers ist, dessen Arbeiter allen drei Versicherungen angehören, und wie schwer die Landwirtschaft zu tragen hat. Zu diesem Zweck stellen wir die Beitragsleistung aus der Invalidenversicherung und der Unfallversicherung für die landwirtschaftlichen Betriebe zusammen. Es beträgt die Belastung des gewerblichen Unternehmers für jeden Versicherten:

	im Jahre		pro Arbeitstags	
	Mk.	Pfenning	Mk.	Pfenning
Krankenversicherung	8.71	2.90		
Invalditätsversicherung	6.05	2.02		
Unfallversicherung	16.58	5.53		
Zusammen	31.34	10.45		

Das macht kaum einen Pfenning pro Arbeitsstunde aus. Wie würde der Mann mit Recht geächtet werden, der sich

darüber aufhält, daß er einen Bettelgroßchen zu geben habe. Und die landwirtschaftlichen Unternehmer, diese Schöpfkinder des Glücks und der Regierung der gottgegebenen Abhängigkeit, haben erst recht keinen Grund, sich über eine schwere Belastung zu beklagen. Sie, denen der neue Zolltarif ungezählte Millionen zugeschnitten, haben sich bisher der Krankenversicherungspflicht für ihre Lohnknechten ja noch fast vollständig entzogen, und die Beiträge, die sie zu der Unfallversicherung zu leisten haben, sind lächerlich gering. Unterstellt man, daß die Arbeiter eines landwirtschaftlichen Betriebes gegen Invaldität und Unfall versichert sind, dann ergibt sich für den Unternehmer folgende Last:

	im Jahre		pro Arbeitstags	
	Mk.	Pfenning	Mk.	Pfenning
Invalidenversicherung	6.05	2.02		
Unfallversicherung	2.32	0.77		
Zusammen	8.37	2.79		

Wegen solcher Last die Deffentlichkeit mit Klagen über bedrohte Existenzfähigkeit zu belästigen, dazu bedarf es schon der ungemessenen agrarischen und scharfmacherischen Unverschämtheit. Man spekuliert einfach darauf, daß die Lamentationen nicht auf ihre wirkliche Bedeutung untersucht werden, und der Spießer sich durch ein paar große Zahlen verblüffen und für die Hege gegen die Sozialpolitik einfangen lasse. Dabei will man seine Aufmerksamkeit von den neuen Attentatsplänen des Schnapsbloats ablenken, damit er sich ruhig neue Steuern und Schutzzölle aufspaden läßt. Es steckt viel Bosheit und Tücke hinter dem heuchlerischen Geschrei über die Sozialversicherung. Das großindustrielle Unternehmertum und die Agrarier bereiten sich auf neue Plünderzüge vor, daher ihr Rufen: Haltet den Dieb Sozialpolitik!

Bei unserer Betrachtung haben wir die Tatsache noch außer acht gelassen, daß auch die paar Pfennige, die als Last des Unternehmers für Sozialpolitik ausgeschrien werden, in Wahrheit nichts weiter sind, als ein vom Lohn abgezogener Betrag.

Auch die Ausgabe, die nominell für Invaliden- usw. Versicherung der Arbeitgeber trägt, fällt in Wahrheit, wie Sozialpolitiker aller Richtungen früher ehrlich zugaben, dem Arbeiter zur Last. Bei der Verbesserung des Armenunterstützungswesens, die in der durch das Drängen der Sozialdemokratie eingeführten Sozialversicherung liegt, hat die Unternehmerklasse es verstanden, dafür Sorge zu tragen, daß die Armenlasten von ihren Schultern auf die der Arbeiter abgewälzt sind. Das ist der Effekt des Riebestemms.

Die Zukunft des Tabakmonopols in Oesterreich.*

Die europäischen Staatengebilde brechen unter den Militärlasten zusammen, die Völker verbluten sich unter den steigenden Steuerlasten, Armut, Not und Elend vermehren sich, weil die steigenden Bedürfnisse nicht auf die Schultern der Besitzenden, sondern durch indirekte Steuern auf die Besitzlosen überwältigt werden. In dem mächtigen Deutschen Reiche wurden erst im vergangenen Jahre 400 Millionen Mark neue Steuern beschlossen und trotzdem weist der Staatsvoranschlag für 1911 einen Fehlbetrag von beinahe 100 Millionen Mark auf. Das ist erklärlich, die beschlossenen 400 Millionen Mark sind indirekte Steuern und wird ein Produkt verteuert, daß es die Kaufkraft der Bevölkerung übersteigt, so sinkt der Konsum. Richtig ist, daß besonders bei Besteuerungen von Konsumartikeln der Absatz sinkt, dann aber wieder langsam auf die Höhe gebracht werden kann, um sich in aufsteigender Richtung zu bewegen. Das ist aber nur dann der Fall, wenn das Sinken des Konsums größtenteils auf dem Widerwillen der Konsumenten beruht, in einer Zeit der allgemeinen Teuerung wird aber nicht nur der Wille, sondern das eherne „Muß“ die Einschränkung erzwingen, das heißt der Rückgang ist ein dauernder, wenn nicht durch einen andern Ausgleich die Kaufkraft gehoben wird. Nun hat man sich auch in Oesterreich den Tabak ausgesucht, um für den Staat Mehreinnahmen zu erzielen, und ganz horrende Preissteigerungen sollen ab 1. Juli 1911 in Kraft treten. Die Frage darf aber nicht nur so betrachtet werden, daß dies eine Angelegenheit der Konsumenten, also der Raucher ist, sie berührt weite Kreise der Bevölkerung und die Tabakarbeiter (Tabakbau, Tabakfabrikation und Tabakverschleiß) sind ein Faktor im österreichischen Wirtschaftsleben, was leider nicht allgemein bekannt ist. Ganz oder teilweise finden ihren Verdienst mehr als 160 000 Personen in Tabakbau, Tabakindustrie und Verschleiß. Das ist also mehr als 1/2 Prozent der Bevölkerung.

Tabakbau, Tabakfabrikation und Tabakverschleiß sind in Oesterreich Staatsmonopol und dieses hat auch für den Staatshaushalt die größte Bedeutung. Nachstehende Tabelle wird dies recht anschaulich machen:

* Wir entnehmen diesen Artikel unserm österreichischen Bruderorgan: Der Tabakarbeiter.

Jahr	Einnahmen der Tabakregie in Kronen	Ausgaben der Tabakregie in Kronen	Das sind Prozent	An die Staatskasse abgeführt in Kronen	Das sind Prozent
1875	118 498 564	47 815 214	40,35	70 683 350	59,65
1880	125 688 010	41 970 274	33,40	83 717 736	66,60
1885	150 859 490	54 452 902	36,02	96 406 588	63,98
1890	184 104 908	60 371 502	32,80	123 733 406	67,20
1895	184 182 156	59 854 480	32,50	124 327 676	67,50
1900	216 865 389	78 066 879	35,99	138 798 510	64,00
1901	220 076 106	87 817 997	39,88	132 258 109	60,12
1902	219 869 408	84 610 533	38,48	135 258 875	61,52
1903	225 175 448	88 468 886	39,28	136 706 562	60,72
1904	231 347 700	88 532 081	37,84	142 815 619	62,16
1905	234 222 815	89 028 773	38,01	145 194 042	61,99
1906	245 773 947	87 801 182	35,72	157 972 765	64,28
1907	251 622 359	91 514 996	36,39	160 107 363	63,61
1908	265 709 183	93 370 059	35,13	166 339 124	62,87
1909 ¹⁾	251 207 800	96 986 400	38,60	154 221 400	61,40
1910 ¹⁾	272 147 000	106 875 500	39,27	165 271 500	60,73
1911 ¹⁾	300 148 100	114 315 800	38,09	185 832 300	61,91

¹⁾ Sind die Ziffern des Vorausschlages, während die vorhergehenden Jahre das wirkliche Ergebnis darstellen.

Selbstverständlich sind die Ergebnisse von 1909 und 1910 bedeutend höher als sie veranschlagt wurden. Für das Jahr 1911 ist bereits für das zweite Halbjahr die Erhöhung der Verschleißpreise berücksichtigt. Aus dieser Tabelle ist ersichtlich, daß eine Erhöhung der Verschleißpreise eine rein fiskalische Maßregel ist, weil ein prozentuelles Sinken des Reingewinnes gar nicht stattgefunden hat und auch in der Zukunft nicht stattfinden würde. Was an erhöhten Produktionskosten ausgegeben wird, wird durch die technische Ausgestaltung der Betriebe wieder erspart. Die prozentuellen Schwankungen im Reingewinn ergeben sich aus der verschiedenen Höhe des Einkaufs von Rohstoff in den einzelnen Jahren, was in einer andern Tabelle nachgewiesen wird. Die bürgerliche Presse gibt der Bevölkerung ein falsches Bild über die Ursachen der kommenden Erhöhung, deshalb ist es notwendig, die ganze Frage zu betrachten.

Wie sich die Lohnverhältnisse der Tabakarbeiter gestalteten, zeigt nachstehende Tabelle:

Jahr	Gesamtsumme der ausgezahlten Löhne in Kronen	Zahl der Beschäftigten	Durchschnittsjahreslohn per Kopf in Kronen
1890	11 612 016	33 296	348,75
1891	11 991 800	32 848	365,07
1892	12 423 644	33 301	373,07
1893	12 422 420	33 569	370,06
1894	12 657 028	33 219	381,02
1895	13 806 181	35 602	382,17
1896	14 924 114	38 011	392,63
1897	16 291 607	39 379	413,71
1898	16 527 452	38 547	428,76
1899	17 902 975	37 255	480,71
1900	17 868 460	38 282	466,71
1901	19 369 622	40 292	480,73
1902	20 711 654	40 326	513,61
1903	20 752 689	39 603	524,02
1904	22 112 720	39 887	554,66
1905	22 505 841	40 437	556,56
1906	23 172 932	40 256	575,64
1907	24 353 908	39 729	613,—
1908	25 528 967	39 768	641,95

Nun ist es ja richtig, daß in den Jahren 1909 und 1910 ebenfalls Lohn erhöhungen stattgefunden haben und eine weitere im Jahre 1911 in Kraft tritt. Aber die Arbeitslöhne spielen in den Produktionskosten keine hervorragende Rolle, was nachfolgende Ziffern zeigen:

Jahr	Produktionskosten in Kronen	Darvon Arbeitslöhne in Kronen	Das sind Prozent der Produktionskosten
1890	60 371 502	11 612 016	17,25
1895	59 854 480	13 606 181	22,74
1900	78 066 879	17 866 460	22,89
1901	87 817 997	19 369 622	22,29
1902	84 610 533	10 711 654	24,44
1903	88 532 081	20 752 689	23,55
1904	88 532 081	22 112 720	24,77
1905	89 028 773	22 505 841	25,38
1906	87 801 182	23 172 932	24,21
1907	91 514 996	24 353 908	24,50
1908	93 370 059	25 528 967	25,69

Um ein richtiges Bild zu gewinnen, darf man aber nicht nur die Produktionskosten, sondern man muß die Einnahmen der Tabakregie mit den Arbeitslöhnen vergleichen. Denn die Einnahmen repräsentieren die durch Arbeit erzeugten Werte. Nachstehend der Vergleich:

Jahr	Einnahmen der Tabakregie in Kronen	Arbeitslöhne in Kronen	Das sind Prozent zu den Einnahmen
1890	164 104 908	11 612 016	7,20
1895	184 182 156	13 606 181	7,39
1900	216 865 389	17 866 460	8,24
1901	220 076 106	19 369 622	8,80
1902	219 869 408	20 711 654	9,42
1903	225 175 448	20 752 689	9,31
1904	231 347 700	22 112 720	9,55
1905	234 222 815	22 505 841	9,61
1906	245 773 947	24 353 908	9,90
1907	251 622 359	25 528 967	10,14
1908	265 709 183	25 528 967	9,58

Hier tritt uns nun ein seltsames Bild entgegen. Bis zum Jahre 1907 steigen die Arbeitslöhne prozentual und 1908 findet ein Sinken statt, was auch in den kommenden Jahren der Fall sein wird. Der Widerspruch läßt sich aber ganz leicht erklären, denn durch Ausnützung der Technik sinkt die Arbeiterzahl, die Löhne können weiter steigen, aber weil mit einer geringeren Arbeiterzahl eine erhöhte Produktion erzielt wird, sinkt der Prozentfuß des Lohnes. Bis zum Jahre 1907 kam die Technik lediglich in der Zigarettenfabrikation zur Geltung und welchen Nutzen der Unternehmer erzielte, läßt sich leicht nachweisen:

Jahr	Bei der Zigarettenfabrikation waren Personen beschäftigt	Erzeugte Stück Zigaretten
1899	7678	2 563 736 715
1900	8401	3 101 120 900
1901	8286	3 253 138 885
1902	8161	3 414 002 575
1903	7998	3 490 000 110
1904	8209	4 136 882 409
1905	7924	4 416 195 822
1906	7593	4 255 939 240
1907	7128	4 843 787 490
1908	6636	5 238 097 620

Das heißt: Im Jahre 1908 waren um 1042 Arbeitspersonen in der Zigarettenfabrikation weniger beschäftigt als 1899 und trotzdem wurden um 2 674 360 905 Stück Zigaretten mehr erzeugt. Nun hat die Technik ihren Einzug in allen Fabrikationszweigen gehalten und ähnliche Verhältnisse werden in der gesamten Fabrikation eintreten.

Für die Erzeugung der Tabakfabrikate spielen die Einkaufspreise des Rohababts eine große Rolle. Ein Teil des Rohababts wird im Inlande (Galizien, Südtirol und Dalmatien) gebaut. Ein anderer Teil kommt aus Ungarn. Die besseren, wertvolleren Tabake müssen aber aus überseeischen Ländern bezogen werden. Mit welchen Preisen die Tabakregie ihren Bedarf an überseeischen Tabaken gedeckt hat, zeigt nachstehende Tabelle:

Jahr	Gewichtsmenge in Meterzentnern	Gesamtpreis in Kronen	Durchschnittspreis für einen Meterzentner
1897	110 572,49	29 689 004,90	268,48
1898	137 376,31	34 673 862,76	252,40
1899	138 652,03	33 633 964,30	242,48
1900	142 950,41	35 282 542,77	246,82
1901	160 242,95	38 923 214,44	242,90
1902	155 873,58	34 262 705,60	219,81
1903	172 813,25	34 626 334,26	200,95
1904	166 420,98	33 822 147,39	203,23
1905	174 185,25	31 920 980,99	183,26
1906	163 349,60	28 226 093,93	172,79
1907	114 301,60	27 351 433,85	239,45
1908	133 955,46	30 543 857,44	228,02

¹⁾ Diese Tabelle erklärt auch teilweise das Schwanken des Reingewinnes.

Nach diesen Zahlen müßte man eigentlich annehmen, daß der Preis des überseeischen Rohababts gesunken ist; das ist aber nicht richtig, sondern die Preise sind ganz bedeutend gestiegen. Die Tabakregie hat sich einfach geholfen, daß mindere Sorten eingekauft wurden, was die Quelle der Klage der Raucher und der Arbeiterinnen ist. Der im Inlande, einschließlich Ungarn, eingelöste Tabak ist ebenfalls im Preise gestiegen, und zwar der Durchschnittspreis des Meterzentners von 42,48 im Jahre 1897 auf 61,95 Kronen im Jahre 1908.

Die Tabakregie gibt nun das Versprechen, daß zugleich mit der Preiserhöhung eine Verbesserung der Qualität eintreten wird, da wieder das beste Rohmaterial eingekauft werden soll. Wird dieses Versprechen eingehalten, so dürfte das ja beitragen, daß sich die Raucher beruhigen. Aber die Frage hat noch eine andre Seite, die nicht übersehen werden darf. Auch die besten Fabrikate werden nicht gekauft werden, wenn es die Einkommensverhältnisse der Bevölkerung nicht zulassen. Würde es sich um eine bloße Verteuerung der Tabakfabrikate handeln, dann wäre die Gewißheit, daß der Widerstand der Raucher überwunden wird. So steht aber die Sache nicht, denn alle Artikel des täglichen Haushaltes werden bedeutend verteuert und es muß damit gerechnet werden, daß ein Sinken des Tabakkonsums keine vorübergehende, sondern eine dauernde Erscheinung sein wird. Die Situation für die Tabakarbeiterläßt sich also kurz in folgenden Satz fassen: Neben der technischen Entwicklung, die ein Sinken der Zahl der Beschäftigten zur Folge hat, wird auch noch ein Rückgang des Konsums stattfinden. Einem blühenden Industriezweig wird eine schwere Wunde zugefügt, von der er sich in einem Jahrzehnt kaum erholen wird, und den ganzen Nutzen für den Staatshaushalt berechnen der Finanzminister mit 10 Millionen Kronen. Gerade beim Tabakmonopol hat die Staatsverwaltung bewiesen, daß sie zu verwalten versteht, und gerade hier wird den Gegnern der Staatsbetriebe ein Mittel in die Hand gegeben, um die Unfähigkeit zu beweisen. Dieselben Leute, die heute ruhig zusehen, wie die Tabakindustrie ruiniert wird, werden dann die ersten sein, welche die Schuld der Staatsverwaltung geben werden.

Wir malen nicht zu schwarz. Das Beispiel Deutschlands hätte eine Warnung sein müssen, und es würde auch ein Mittel geben, die Kosten der erhöhten Rohstoffpreise hereinzubringen, das ganz gerecht wäre. Das würde eine Erhöhung der Zigarettenpreise sein. Die Generaldirektion steht auf dem richtigen Standpunkt, daß der Zigarettenpreis im Verhältnis zu den fertigen Zigaretten in keinem Preisverhältnis steht. Nun, glaubt man denn in der Generaldirektion und im Finanzministerium, daß die Raucher dann fertige Zigaretten kaufen werden, wenn man dieselben von 30 bis zu 100 Prozent verteuert, dagegen den Zigarettenpreis nur um 32 Prozent verringert. Das ist auf keinen Fall der richtige Weg. Man lasse die Verschleißpreise der fertigen Fabrikate wie sie sind und erhöhe die Preise des Zigarettenababts um 50 bis 100 Prozent, dann sind die erhöhten Einkaufspreise gedeckt und es wird sich kein Sturm der Raucher erheben. Damit ist zugleich die Sicherheit für die Fortentwicklung der Fabrikation und des Verschleißes gegeben. Die 10 Millionen Kronen lassen sich ohne neue Steuern einbringen, man gehe einfach den Steuerzahndlern mehr auf die Kappen. Es gibt sehr viele Vielohlawecs, die ihr Einkommen falsch fatieren.

Rundschau.

Das Reichsdefizit. Ein Jahr ist erst seit der Einführung der neuen Steuern verfloßen und schon wieder ist ein starkes Defizit im Reichsetat vorhanden. Es muß bereits wieder eine Anleihe von rund 98 Mill. Mark aufgenommen werden, um den Bedarf zu decken, dabei wird der volle Betrag von 80 Pfg. pro Kopf der Bevölkerung für die Matrifalarbeiträge in Ansatz gebracht, wie es nach der sogenannten Finanzreform neu stipuliert ist. Aber die 98-Millionen-Anleihe stellt beiseite nicht das wirkliche Defizit dar. Es soll auch noch eine Anleihe für die Schutzgebiete aufgenommen werden, für die das Reich auch aufkommen muß. Sie beträgt 39 Millionen Mark. Also ein Defizit von rund 140 Millionen Mark wird trotz aller Rechenkünste und Schiebungen im Etat bereits zugestanden. Dazu kommt, daß die neue Heeresvorlage, die von der Mehrheit des Reichstages sicher bewilligt wird, 104 Millionen Mark fordert, die beim nächsten Etat noch hinzukommen. Die Viertelmilliarde ist also fällig!

Die neue Militärvorlage zeigt uns aufs neue den unerfülllichen Rachen des Militarismus, der alles verschlingt, was ihm an neuen Steuern hingeworfen wird. Im Reichstag haben die bürgerlichen Parteien sich bestrebt, den Eindruck zu erwecken, als ob die gegenwärtige Militärvorlage wirklich als ein Muster von Bescheidenheit angeprochen werden müsse. Daß man dabei bewußt auf eine Irreführung der Massen spekuliert und noch spekuliert, ist ohne weiteres klar. Denn daß diese neuen Forderungen der Militärverwaltung ganz erheblich sind, das ergibt sich schon aus den Gesamtkosten, die nicht we-

niger als 104 000 000 Mark betragen. Diese enorme Summe auch nur mit einem Wort zu erwähnen, haben die bürgerlichen Redner geflissentlich vermieden. Mit gutem Grund! Denn aus dieser enormen Summe ergibt sich, daß die gegenwärtige Militärvorlage die d r i t t g r ö ß t e ist, die wir seit 1880 gehabt haben. Es haben nämlich gekostet die Militärvorlagen von:

1880	43 860 000 Mk.
1887	47 200 000 "
1890	58 000 000 "
1893	131 400 000 "
1899	160 070 000 "
1905	73 800 000 "
1911	104 200 000 "

So also sieht diese „bescheidene“ Militärvorlage aus. Vor zwei Jahren, als der Abgeordnete G e n e r auf das sichere Erscheinen einer neuen, kostspieligen Militärvorlage hinwies, leugnete dies der damalige Schatzsekretär, weil in dem Steuerraubzug von einer halben Milliarde die neue Militärvorlage noch nicht mit in Berechnung kam. G e n e r sagte damals: „Wir werden ja Gelegenheit haben, in z w e i J a h r e n auf diese Ab-leugnung zurückzukommen.“ Mit tödlicher Sicherheit ist nun nach zwei Jahren die neue Militärvorlage dem Reichstag unterbreitet worden. Wir kennen unsre Pappenheimer! Nach den Wahlen werden sie auch mit einer neuen „Finanzreform“, d. h. mit einer Steuervorlage kommen, die wieder 300 Mill. Mark erfordert, denn so hoch beläuft sich bis dahin das Defizit.

Sächsische „Landräte“ und das Reichsvereinsgesetz. Was in Preußen der Landrat, das ist in Sachsen der Amtshauptmann; der „König“ in seinem ihm unterstellten Bezirk, d. h. solange sich die Bewohner das gefallen lassen. Der A m t s h a u p t m a n n von G r o ß e n h a i n forderte, wenn von der Partei oder von einer Gewerkschaft ein Vergnügen veranstaltet wurde, regelmäßig die Liste der Vereinsmitglieder, um „feststellen“ zu können, ob das Vergnügen sich auf die Mitglieder beschränke. Dazu hatte die Amtshauptmannschaft kein Recht und es wurde sowohl vom Metallarbeiterverband (Riesa), wie vom Sozialdemokratischen Verein (Gröba) gegen dieses Verfahren Beschwerde erhoben. N a c h e s J M o n a t e n — die behördlichen Mühlen mahlen auch in Sachsen sehr langsam — ist nun die E n t s c h e i d u n g der A r e i s h a u p t m a n n s c h a f t eingegangen und hat das Verfahren der Amtshauptmannschaft für nicht berechtigt erklärt. Aus dem Entsch. ist weiter zu ersehen, daß die sächsischen Gerichte in der Frage, ob Mitgliederlisten einzureichen sind, widersprechend entschieden haben, das sächsische Ober-Landesgericht hat aber ein solches Verlangen für unberechtigt erklärt.

Die sozialdemokratische Parteipresse im Deutschen Reich hatte am Schluß des Rechnungsjahres 1910 im ganzen 1 160 016 Abonnenten, die sich auf 78 Blätter verteilten. Da nach einem offiziellen Bericht vom Jahre 1904 die damalige Abonnentenziffer 599 830 betrug, so haben die politischen Blätter der Partei binnen sechs Jahren ihre Leserschaft verdoppelt. Das ist gewiß ein schöner Erfolg, der um so höher zu bewerten ist, als er zeigt, daß die politische Presse der Sozialdemokratie auch im Verhältnis zur Anhängerzahl der Partei eine intensive Verbreitung gefunden hat. Das mag als eine ganz natürliche Entwicklung erscheinen, ist aber doch nicht so selbstverständlich, wie es aussieht. Denn es machte sich in dieser Hinsicht Jahrzehnte hindurch eine beachtenswerte Gesetzmäßigkeit geltend. Die ersten authentischen Mitteilungen über die Auflage der sozialdemokratischen Presse stammen aus den Jahren 1876 und 1877. Auf dem Kongreß zu Gotha 1876 teilt Auer mit, daß die 23 politischen Parteiorgane und das Unterhaltungsblatt Die neue Welt zusammen 100 000 Abonnenten zählten; ein Jahr darauf, im Mai 1877, hatte die Parteipresse, die auf 41 Zeitungen angewachsen war, nach der offiziellen Meldung, die dem Kongreß erstattet wurde, ohne die Neue Welt über 100 000 Abonnenten. Da bei den Reichstagswahlen im Januar desselben Jahres 493 000 sozialdemokratische Stimmen abgegeben wurden, kamen auf nur fünf Wähler ein Abonnent eines politischen Parteiblattes. Dies Verhältnis änderte sich auch später nicht wesentlich. Die Zeit des Ausnahmezustandes läßt ja keine Vergleiche zu; aber nach dem Fall des Sozialistengesetzes konnte Bebel im Oktober 1890 auf dem Parteitag zu Halle verkünden, daß die 60 politischen Blätter, die damals erschienen, 254 100 Abonnenten hatten. Da bei den Reichstagswahlen, die im Februar 1890 stattfanden, 1 427 000 sozialdemokratische Stimmen abgegeben wurden, so kamen 5,6 Wähler auf einen Abonnenten. Bierzehn Jahre später hatte die auf 72 Blätter angewachsene Parteipresse wie schon erwähnt, 599 880 Abonnenten; legt man dieser Zahl die Zahl von 3 010 777 Wählern zugrunde, die bei den Reichstagswahlen von 1903 sozialdemokratisch stimmten, so entfallen wiederum, wie im Jahre 1877 bereits, fünf Wähler auf einen Abonnenten der Parteipresse. Da seit den letzten Reichstagswahlen vier Jahre verfloßen sind, und erst im Jahre 1911 wieder Wahlen stattfinden, so lassen sich für die Gegenwart nicht gut Vergleichszahlen anführen. Aber angenommen, daß zurzeit selbst 4 Millionen sozialdemokratische Wähler im Reich vorhanden sind, so hätte sich jetzt das Verhältnis der Wähler zu den Abonnenten auf 4 zu 1 verändert. Das ist ein ganz beträchtlicher Erfolg, der nicht zum wenigsten den großen redaktionellen und technischen Verbesserungen der Parteipresse zugeschrieben werden muß, und der gewiß die organisierte Arbeiterchaft anspornen wird, weiter in ihrer Agitationstätigkeit für diese Presse fortzufahren.

Bethmanns fünftes Ausnahmegesetz. Vier Ausnahme-gesetze gegen die Arbeiterbewegung hat Bethmann im Reichstage angekündigt. Ein fünftes will er vor die Preußens-Duma bringen. Das preußische Landrats-Parlament wird in seiner am 10. Januar 1911 beginnenden Session ein Gesetz zu verabschieden haben, das die „erzieherische Fürsorge für die schulentlassene Jugend“ zum Gegenstand hat. Das in solchen Dingen stets gut unterrichtete Scharfmacherblatt „Post“ weiß darüber zu melden:

Wie wir zuverlässig erfahren, sind die Vorbereitungen für eine solche Vorlage in vollem Gange und es ist keineswegs ausgeschlossen, daß der Landtag damit bereits in der bevorstehenden Tagung befaßt werden wird. Das wäre im höchsten Grade erfreulich, denn es gibt zurzeit kaum eine dringlichere Aufgabe als die schulentlassene Jugend vor sozialdemokratischer Vergiftung zu schützen. Die Aufgabe erscheint sogar noch dringlicher als die Verstärkung des Schutzes der Arbeitswilligen. Es wird aber zur Erreichung des Zieles nicht genügen, die dazu erforderlichen

Pharisäer.

Wenn die „Christlichen“ sich als Neutralitätspolitiker oder als Schlichter der Religion aufspielen, dann regt sich in uns — neben dem Ekel über die bodenlose Heuchelei — immer der Spott über die Mühe, mit der sie ihre betörten Schäfchen an sich fesseln wollen.

Mit plumper aber frecher Lüge treten sie vor ihre Leser und verdrehen einzelne Neußerungen sozialdemokratischer Blätter, die sie aus dem Zusammenhang reißen, die aber trotz der Verdrehungen der „christlichen“ Fälscher die Wahrheit klar durchblicken lassen, so daß die Verdrehungen, von jedem, der sich klares Urteil bewahrt, erkannt werden müssen.

In der Zentrums-Gewerkschaft für Tabakarbeiter ist es die Deutsche Tabakarbeiterzeitung, die das traurige Handwerk der Arbeiterzersetzung betreibt und zu dem Zwecke vor keinem Mittel zurückbleibt. Seit seinem Bestehen lügt das Blatt den Arbeitern, die leider sich über die seit nun bald fünfzig Jahren hervortretenden Bestrebungen unseres Verbandes zur Vertretung der Interessen der Tabakarbeiter nicht unterrichtet haben, vor, ihre religiöse und politische Ueberzeugung werde in unserm Verband unausgesetzt aufs gröblichste beschimpft und verspottet. Ist diese alte, verhärtete Lüge auch bereits hundertmal aufgedeckt und widerlegt worden, so lehrt sie doch immer wieder. So auch in der Nummer vom 23. Dezember 1910. Also auch die Weihnachtsnummer der Deutschen Tabakarbeiterzeitung zeichnet sich durch grobe Lügen aus. Für die Echtheit der Religiosität der Lügner ist das ein ganz besonders drastisches Zeugnis.

Weil unser Blatt vor einem Jahre in einem seiner Artikel schrieb:

„Wir brauchen uns also auch nicht auf ein besseres Leben nach dem Tode verträsten zu lassen, wir leben und leiden in dieser Welt, darum muß sich auch unser Glück in diesem Leben finden“,

deshalb warnt jenes „christliche“ Lügenblatt vor unserm Verbande und nennt verdrerisch diese Neußerungen eine religiöse Beschimpfung jedes Christen. Diese Heuchler!

Wenn ein klarer, menschenfreundlicher und religiöser Sinn aus einem Satze sprechen kann, so aus dem angeführten. Berrät es nicht ein tiefes religiös-sittliches Gefühl, wenn das Bestreben ausgesprochen wird, die Leiden dieser Welt, die den armen, ausgebeuteten Arbeitern durch den Kapitalismus und seine jesuitischen Handlanger — zu den letzteren gehören auch die Arbeiterführer und Arbeiterzersetzer der Deutschen Tabakarbeiterzeitung — auferlegt werden, von ihnen zu nehmen, sie von Not und Sorge zu befreien und sie dadurch schon an dem Glück dieser Erde teilnehmen zu lassen! Wir denken dieses Bestreben recht religiös-tüchlich über der erheuchelten Religiosität jener Führer der Zentrums-Gewerkschaft, die die Arbeiter unter der Botmäßigkeit einer Geistlichkeit halten wollen, der der Spruch gilt: „Wer Recht ist, soll Recht bleiben“,

wie es kürzlich der Reichsrat Bischof Henle in Regensburg im bayrischen Parlament aus sprach.

Wie lächerlich aber auch die „christliche“ Verleumdung ist, die da behauptet, die religiöse Ueberzeugung der Arbeiter werde in unserm Verband beschimpft und verspottet, geht allein daraus hervor, daß bis auf wenige Ausnahmen die 33 000 Mitglieder des Verbandes evangelischer oder katholischer Konfession sind und daß kein einziges dieser Mitglieder sich über die angebliche Beschimpfung seiner religiösen Ueberzeugung beklagt hat. Wohl aber sind es gerade intelligente katholische Mitglieder unseres Verbandes, die früher der Zentrums-Gewerkschaft für Tabakarbeiter angehörten, die den Schwandel der Zentrums-Zutreiber in jener Gewerkschaft erkannt haben und nun mit allen Kräften gegen diese Zutreiber vorgehen, deren verleumderisches, heuchlerisches, arbeiterfeindliches Treiben sie tief verachten.

Ueber den Neutralitätsschwandel der Deutschen Tabakarbeiterzeitung und deren Hintermänner brauchen wir heute nicht viel Worte zu machen, dessen enthebt uns eine offene Erklärung des Zentrumsabgeordneten Peter Spahn, des Vizepräsidenten des Reichstags, der am 28. Dezember 1910 in seinem Wahlkreis (Bonn) eine Rede gehalten hat, über die unter anderem folgendes berichtet wird:

„Kriegsdau in der Welt ist die Sozialdemokratie so gut organisiert, so operativ und so rührig wie im Deutschen Reich. Ruhig, methodisch, geduldig arbeitet sie auf den von ihr erstrebten Umsturz der bürgerlichen Gesellschaft hin. (Folgen Angaben über die Stärke und finanzielle Leistungsfähigkeit der Partei- und Gewerkschaftsbewegung.) Ihren Nährboden haben beide in unsern industriellen Bezirken und deshalb muß ihnen hier durch die Förderung der christlichen Gewerkschaften entgegen gewirkt werden. Uebersehen wir doch nicht, daß nicht allein es darauf ankommt, die katholischen Arbeiter von der Sozialdemokratie fernzuhalten, was uns leider nicht durchweg gelingt, sondern daß wir zum Siege über die Sozialdemokratie auch der Abwendung der evangelischen Arbeiter von ihr bedürfen, weshalb wir im allerersten Interesse bestrebt sein müssen, auch diese mit uns in den christlichen Gewerkschaften zu vereinigen.“

Kann es wohl deutlicher ausgedrückt werden, daß die christlichen Gewerkschaften den politischen Treibereien des Zentrums dienen müssen, als es in diesen Worten Herr Spahn ausdrückt? Nun, die Zutreiber des Zentrums in dem christlichen Tabakarbeiterverbande tun alles, diesen Worten Spahns nachzukommen. Sie scheuen dabei kein Mittel, sei es auch noch so verwerflicher Natur. Arbeiterzersetzerplündernde Hezerei, schleichende Heuchelei, Lüge und Verleumdung — alles gehört zu ihrem traurigen Handwerk.

Wahrlich, wenn etwas gegen echte Religiosität verstoßt und die Konfessionen herabsetzt, dann ist es das Treiben dieser Pharisäer!

An die Kollegen und Kolleginnen des II. Gauces.

Anfang Dezember nahm ich Veranlassung in einem Rundschreiben allen Zahlstellen des Gauces Kenntnis von der gedrückten Lage unserer Kollegen in Johanngeorgenstadt zu geben, in welche sie durch das rücksichtslose Verhalten der Firma Eduard Heymann (Sitz Zwidaun) geraten sind. Nachdem diese Firma seit 15. August 1909 ununterbrochen nur mit bis zur Hälfte gekürzter Arbeitszeit hatte arbeiten lassen, sperrte sie am 9. September 1910 die Arbeiter angeblich wegen zu hoher Löhne aus und zog schließlich den Betrieb ganz ein, um in Einklang mit billigeren Arbeitskräfte zu suchen. Dadurch sind die Kollegen in Johanngeorgenstadt zurzeit ganz auf die von unserm Verbande gezahlte Unterstützung angewiesen, da im ganzen engeren Bezirke Tabakindustrie nicht mehr vorhanden ist. Es handelt sich zumeist um ältere Kollegen, die bis zu 40 Jahren im Dienste der Firma tätig gewesen sind und die auch andererseits der Tabakarbeiterschaft gegenüber stets ihre Schuldbiligkeit getan haben.

Daher glaubte ich an das Solidaritätsgefühl unserer Kollegen und Kolleginnen zwecks Einleitung einer Weihnachtsammlung für die Johanngeorgenstädter appellieren zu dürfen. Und es war nicht vergebens! In einer glänzenden, kaum erwarteten Weise haben die Tabakarbeiter unseres Gauces die Solidarität bezeugt, obwohl in fast allen Orten der übergroße Teil der Kollegenschaft selbst noch schwer unter den Folgen der Tabaksteuer zu leiden hat.

Von den Kollegen und Kolleginnen des II. Gauces sind nachstehende Beiträge für die Johanngeorgenstädter an meine Adresse eingegangen worden:

Vaagen 21.35 M., Bischofswerda 13.60 M., Brettnig 1.80 M., Chemnitz 8.70 M., Deuben 22.— M., Delitzsch 20.— M., Döbeln 31.— M., Dresden, Zigarettenfabrik Penidje 83.05 M., Eßlein, Hauptfabrik 68.— M., Eßlein, Doppelstraße 19.50 M., Selowitz 22.20 M., Zigarettenfabrik A. R. Jedide u. Sohn 42.90 M., Uhlmann 28.60 M., Vange u. Jeb. 24.20 M., Gebr. Jedide 15.40 M., Pudmanstky u. Gajsh 15.05 M., Donath u. Jasper 11.40 M., Collenbusch 11.25 M., Büttner 4.60 M., Zhieme, Köpchenbroda 4.30 M., Leber 3.20 M., Schulte 1.95 M., Paul 1.80 M., Fiemeger 1.65 M., Frösche 1.30 M., S. W. 10.— M., Dresden zusammen 368.85 M., Eilenburg 12.— M., Elstra, Berthold — 50 M., Eibau 3.40 M., Erdmannsdorf 4.50 M., Elsterwerda 6.— M., Franzenberg, Genossenschaftsfabrik 20.— M., Gotschke 10.— M., J. 30.— M., Freiberg Uhlmann 26.90, Schwirutz 3.85, Barth 8.35, Kurze u. Hering 7.75, Collenbusch 7.25, Wolf u. Co. 3.85, Saube u. Ortel 3.20, J. 6.15 M., Froburg 5.— M., Geringswalde 55.85 M., Gohlis, A. Raden u. Co. 5.40, Großenhain 5.—, Grimma 10.—, Partha 20 M., Pänichen 18 M., Kreihsa 23.20 M., Leipzig 75 M. (darunter von den Sortierern 38 M.), Leisnig 11.55 M., Lunzenau 8.20 M., Löbau 4.80 M., Meißen 7.50 M., Mühlberg 8.50 M., Rugsch 4 M., Oberrottendorf 5 M., Deberan 5 M., Penig 4.40 M., Pegau 3.95 M., Radeberg 6.80 M., Rogwein 2.70 M., Seiffenhersdorf 8 M., Schöned im Bgld. 31.50 M., Waldheim 36.50 M., Wurzen 10 M., Wittenberg 4 M., Zwidaun 25 M., zusammen 1009.50 M.

Kaufgegenstände wurden gesammelt und eingekauft von Brettnig 39, Deuben 100, Dresden, Uhlmann 225, Vange u. Jeb. 200, A. R. Jedide 123, Büttner 100, Zhieme 100, Collenbusch 67, Fiemeger und Frösche 22, zusammen 842 Stück. Frankfurter Genossenschaft 400, Freiberg 350, Großenhain 60, Pänichen 60, Leipzig 240, Leisnig 200, Lunzenau 210, Meißen 42, Penig 55, Zwidaun 200. In Summa 2798 Stück.

Von obigem 1009.50 M. können 8.85 M. Postbestellgebühren in Abzug, sodas 1005.65 M. verbleiben.

Da nun infolge Lokalboikott in Johanngeorgenstadt die Veranstaltung der geplanten Weihnachtsfeier unterbleiben mußte, so gelangten im Anschluß an die am 23. Dezember dort statt gefundene Versammlung folgende Gelder in baar an die beteiligten Arbeitslosen als Weihnachtsgeschenk zur Auszahlung: an 40 Kollegen je 10 M., an 2 je 5 M. und für 43 Kinder je 2 M., in Summa 496 M.

Der verbleibende Bestand von 509.65 M. soll später als Zuschuß für die noch längere Zeit arbeitslos bleibenden Kollegen Verwendung finden.

Indem ich allen Kollegen und Kolleginnen für die bewiesene Opferfreudigkeit hierdurch meinen Dank ausspreche, darf ich wohl noch den Wunsch äußern, daß auch in Zukunft die Solidarität der Kollegenschaft sich hervorragend betätigen möge, wenn einmal aus gleichen oder anderen im Interesse der Vormärtsbewegung der Tabakarbeiterschaft sich ergebenden Ursachen an alle ein Appell ergehen müßte.

Mit kollegialischem Grusse
Dresden, den 28. Dezember 1910.
Otto Wenzel, Gauleiter.

Gewerkchaftliches.

Mitglieder, die in einem andern Orte in Arbeit zu treten gedenken, haben sich vorher an den zuständigen Bevollmächtigten zu wenden, ehe sie die Arbeit annehmen.

Hamburg. Bei der Firma L. Grewe (Inh. Julius Scholz) stellten die Arbeiter Lohnforderungen. Die Forderungen wurden in vollem Umfange bewilligt. Die Zulagen betragen auf 4 Sorten 1 M. pro Mille. Dadurch erhöht sich der Lohn für Hausarbeit bei 3 Sorten von 13 auf 14 M. und bei 1 Sorte von 14 auf 15 M. — Bei der Firma Robert Schiepan wurde auf Lohnerhöhung gebungen. Bewilligt wurde auf 3 Sorten pro Mille 50 Pfg.

Neumünster. Lohnverträge wurden abgeschlossen mit den Firmen Heint. Dandker, August Möller und Decker, und mit der Firma Heint. Stange in Walfensfeld. Damit ist auch von diesen Firmen der Minimallohn von 10 M. bei freier Zurechtung anerkannt und die wöchentliche Arbeitszeit auf 56 Stunden festgesetzt. In Neumünster und Umgegend sind jetzt 9 tarifstreuere Firmen vorhanden. Bei der Firma August Möller wurde eine Zulage von 50 Pfg. bei einer Sorte bewilligt.

Hannau i. Schl. Der Streit bei der Firma Schwaabe u. Seidel dauert fort. Vor Zugang wird gewarnt.

Hölzig (S.-M.). Der Streit bei der Firma R. Bauach dauert fort. Der Zugang ist streng fernzuhalten.

Gera (Neuh. J. L.). Seit dem 3. Dezember d. J. befinden sich die Arbeiter der Firma Laspe u. Co. im Streit, weil die Firma es ablehnt, die bescheidenen Forderungen der Arbeiter anzuerkennen. Vor Zugang wird gewarnt.

Der Zugang ist noch fernzuhalten:
Dahme i. M., Firma H. G. Loel.

Gehlenbeck i. Westf.: Firma W. Seiden (Sitz Gesteinmünde).

Schwäbisch-Hall: Firma R. Neumann.

Wotersdorf b. Erkner: Firma G. Wustrow.

Burghamm: Firma D. L. Peterien, Sitz Hamburg.

Gewerkschaftskongress. Der nächste (achte) Kongress der Gewerkschaften Deutschlands wird vom 26. Juni bis zum 2. Juli im Etablissement Tivoli zu Dresden stattfinden.

Zwanzig Jahre. Aus der Statistik des Maurerverbandes.

Jahr	Mitglieder im Jahresdurchschnitt	Gesamteinnahme	Durchschnittlicher Beitrag pro Jahr und Mitglied	Gesamtausgabe	Gesamtermögen (einschließlich Vorkasse)
1891	—	50 063	—	25 129	—
1892	12 300	95 826	7.40	66 826	—
1893	12 167	88 279	6.93	76 531	—
1894	12 200	86 176	6.26	92 798	—
1895	15 360	124 219	7.70	102 625	—
1896	26 600	270 233	7.23	203 452	—
1897	42 652	528 536	8.20	372 728	154 195.10
1898	60 175	665 574	9.94	554 136	286 015.61
1899	74 534	1 060 594	10.73	698 598	453 563.52
1900	82 964	1 264 063	12.29	744 471	848 771.38
1901	80 869	1 248 544	13.14	994 959	1 004 525.25
1902	82 223	1 544 591	15.60	1 107 440	1 309 105.65
1903	101 155	1 960 994	16.60	1 435 446	1 718 811.01
1904	128 850	2 546 237	17.02	2 004 995	2 090 681.47
1905	155 911	3 126 826	17.23	2 372 399	2 732 466.93
1906	183 537	3 825 598	17.57	2 755 930	3 584 171.84
1907	192 582	5 018 900	21.03	3 093 386	4 791 098.31
1908	175 019	3 070 449	17.72	2 267 212	5 859 554.54
1909	171 337	3 868 929	18.48	2 882 201	6 864 647.04
1910*	178 704	?	?	?	3 900 000.—

* Drittes Quartal.

Unternehmerorganisationen. Der soeben erschienene Jahresbericht des bayrischen Industriellenverbandes weist für das abgelaufene Jahr eine erhebliche Zunahme an Mitgliedern auf. Am 1. Oktober 1910 gehörten dem Verbands 714 Einzelmitglieder und 17 Verbände mit nahezu 3000 Mitgliedern an. Die Zahl der von den Mitgliederfirmen beschäftigten Arbeiter betrug über 190 000. Für die Arbeiterkassen ein Ansporn, unermüdet an dem Ausbau und der Stärkung ihrer Organisation zu arbeiten.

Demokratische Agitation gegen die freien Gewerkschaften. Der von bürgerlichen Demokraten (Richtung Breitscheid) geleitete Bund der technisch-industriellen Beamten agitiert jetzt durch Herausgabe der neuen Zeitschrift Der kaufmännische Angestellte auch unter den Handlungsgehilfen. Der Bund der technisch-industriellen Beamten zählt etwa 17 000 Mitglieder. Die Zahl der technischen Angestellten, die ihm noch fernstehen, ist also sehr groß. Wenn trotzdem der Bund sein Agitationsgebiet auf die Handlungsgehilfen ausdehnt, so wird man die Gründe dafür in zwei Ursachen suchen dürfen. Erstens liegt es, daß das Wachstum des Bundes noch einem raschen anfänglichen Aufschwung nun infolge starker Mitgliederfluktuation merklich abgeflaut ist; zweitens ist den bürgerlichen Demokraten begreiflicherweise der Kreis der technischen Angestellten ein ungenügendes parteipolitisches Rekrutierungsgebiet.

Die bisherige Agitation des angeblich „neutralen“ Bundes der technisch-industriellen Beamten unter den Handlungsgehilfen eröffnet vielversprechende Aussichten. Die erste Probenummer seiner Zeitschrift Der kaufmännische Angestellte legte dar, daß sich die Handlungsgehilfen von der Sozialdemokratie ganz naturgemäß „abgeschiedert“ fühlen müßten. In der zweiten Probenummer wird den Lesern erzählt, wie schädlich es ist, wenn sich eine Handlungsgehilfenorganisation den freien Gewerkschaften angeschlossen. Es heißt darin, daß der Verein der deutschen Kaufleute mit seinen 18 000 Mitgliedern fast den fünften Teil der Reichs-Dunderschen Gewerkschaften ausmache, denen er angehört. Also könne sich der genannte Verein die weitestgehende Unterstützung seiner Aktionen durch die andern Gewerkschaften erzwingen. Anders lägen die Dinge bei den freien Gewerkschaften. Von diesen werde man kaum erwarten können, daß sie sich neben der Interessenerweiterung für ihre fast 2 Millionen Arbeitermitglieder noch sonderlich für die 15 oder 16 000 Privatangestellten ins Zeug legen, die sich ihnen angeschlossen hätten. Die Herren vom Bund der technisch-industriellen Beamten sind in Wirklichkeit gar nicht so töricht, als sie sich hier stellen. Sie wissen natürlich ganz genau, daß die der General-Kommission der Gewerkschaften angeschlossenen Organisationen durchaus selbständig sind, so daß jede Gewerkschaft die Besonderheiten ihres Berufes bei der Agitation usw. uneingeschränkt berücksichtigen kann. Des ferneren aber vertreten die vereinigten freien Gewerkschaften nicht nur die gemeinsamen Forderungen, sondern unterstützen sich auch gegenseitig im Kampfe gegen schädliche Eigenarten einzelner Berufe, man denke an die Heimarbeiter, den Kost und Logiszwang der Barbier, das Stellenvermittlungswesen im Gastwirts-gewerbe usw.

In derselben Weise werden auch die frei organisierten Handlungsgehilfen ohne Rücksicht auf ihre Minderezahl von den freien Gewerkschaften unterstützt. Es ist durchaus nicht so, wie die neue Zeitschrift des Bundes der technisch-industriellen Beamten peripherweise unterstellt, daß die Handlungsgehilfen unter den freien Gewerkschaften die Rolle des Aschenbröckels spielen.

Der Bund der technisch-industriellen Beamten hat ein Interesse daran, die Arbeitergewerkschaften zu verächtigen. Seine Mitglieder sehen nämlich, daß die Arbeitergewerkschaften die Lebenslage ihrer Mitglieder verbessern, wogegen der Bund den seinen nur schöne Reden bietet. Ueberdies würden sowohl die technischen Angestellten als auch die Handlungsgehilfen der demokratischen Vereinigung flüchten gehen, wenn sie erkennen, daß sie mit den Arbeitern gemeinsame Interessen haben, und diese auch am besten mit den Arbeiterorganisationen vertreten können.

Die Neutralität der christlichen Gewerkschaften. Wie es mit der vielgerühmten politischen Neutralität der christlichen Gewerkschaften in Wirklichkeit aussieht, zeigt ein Bericht des ultramontanen Bayrischen Kurier (Nr. 354 vom 20. Dezember) über die letzte Generalversammlung des Arbeiterwahlvereins der Zentrumspartei in München. Man liest da:

„Bei der nun folgenden Wahl war als erster Vorkämpfer eine in der katholischen Arbeiterbewegung tätige, sehr tüchtige und geeignete Persönlichkeit vorgeschlagen, welche jedoch die Stelle nicht annahm, weil ihm von seinem Verbandsvorsitzenden hiergegen Schwierigkeiten gemacht wurden, von einer Seite, von der man eine derartige Stellungnahme für unmöglich hielt. Dieser Zwischenfall löste eine sehr lebhaft Debatten aus, die bei allen Anwesenden den Eindruck hervorrief, daß durch derartige Dinge die Arbeiterbewegung nicht gefördert wird.“

Sonst heißt es immer, daß sich die christlichen Gewerkschaften um die politische Betätigung ihrer Mitglieder nicht kümmern, wenn diese nur innerhalb einer staats-erhaltenden Partei erfolgt. Nun sehen wir aber, daß ein christlicher Verbandsvorsitzender den Beamten seines Verbands sogar vorschreibt, ob und welche Ämter sie in einer politischen Parteiorganisation annehmen dürfen.

Zur Beachtung für die Delegierten zum Heimarbeitertongreß.
Die zu dem am 12. Januar in Berlin stattfindenden Heimarbeitertongreß bestimmten Delegierten werden gebeten, sich zur Besorgung von Logis an den Genossen Alwin Körsen, Berlin, Engel-Ufer 15, Zimmer 12, zu wenden. Es stehen Logis zur Verfügung in der Preislage von 1.50 bis 3 M. und es wird gebeten, bei der Bestellung auch gleich den Preis des gewünschten Logis mit anzugeben.

Die Frau im Mittelalter.

Die „Frauenfrage“ gilt vielfach noch als eine Erscheinung der modernen und modernsten Zeit. Auch als Frauenerwerbsfrage. Noch immer gibt es Unverständige, die versuchen, dieses „Uebel“ aus der Welt zu schaffen, und sie machen mobil, als gelte es einen Kampf mit einer Handvoll emanzipierter Frauen. In „allerhöchsten“ Kreisen glaubt man sogar, dieses Uebel ließe sich beseitigen durch Mahnung zur Rückkehr, und verweisen auf das stille Glück der Häuslichkeit in der „guten alten Zeit“.

Schon wir uns das „verfloßene“ Glück der großen Masse der Frauen einmal näher an. Einen Einblick in diese „gute alte Zeit“ gewährt die vor einiger Zeit in erneuter Auflage erschienene Schrift von Prof. Bücher: Die Frauenfrage im Mittelalter. Die Situation der Frau beleuchtet der Verfasser, dessen volkswirtschaftliche Ansichten wir ablehnen, durch folgende Illustration:

... Nach zahlreichen statistischen Ermittlungen, welche die Jahre 1354—1510 umfassen, machten in diesem Zeitraum die Frauen den sechsten bis den vierten Teil aller Steuerpflichtigen aus. Bedenkt man, daß es sich bei diesem Verhältnis größtenteils um alleinstehende, selbständige Frauen handelt, daß die zahlreichen Nonnen, Fräulein und Beghinen meist nicht mitgerechnet sind und daß Frauen auch im Mittelalter viel schwerer zur Selbständigkeit gelangten als die Männer, so erhält man eine Ahnung davon, wie schneidend das Mißverhältnis in der Zahl beider Geschlechter im bürgerlichen Leben der Städte hervorgetreten sein muß.

Aus drei der bedeutendsten mittelalterlichen Städte liegen die Zählungen vor, wonach ein bedeutender Ueberschuß der erwachsenen weiblichen Bevölkerung über die gleichalterige männliche zu konstatieren ist. Am Ende des Jahres 1449 ergab eine Zählung in Nürnberg auf 1000 erwachsene männliche Personen 1168 weibliche. Auch unter den Knechten, Handwerksgehilfen und Mägden überwog das weibliche Geschlecht. Mit der bürgerlichen Bevölkerung zusammen kamen auf 1000 männliche Personen 1207 weibliche. In Basel kamen im Jahre 1454 auf 1000 männliche Personen über 14 Jahre 1246 weibliche Personen gleichen Alters. Eine Feststellung in Frankfurt a. M. im Jahre 1385 ergab auf 1000 Männer rund 1100 Frauen, doch soll der Ueberschuß, wie aus Steuerlisten usw. ersichtlich, höher gewesen sein. Für den Frauenüberschuß jener Zeit werden drei Gründe angegeben: 1. die zahlreichen Bedrohungen, welchen das männliche Leben in den mittelalterlichen Städten infolge der fortwährenden Fehden, der blutigen Bürgerkriege und der gefährlichen Handelsreisen ausgesetzt war; 2. die größere Sterblichkeit der Männer bei den oft sich wiederholenden pestartigen Krankheiten (es soll regelmäßig nach Pestjahren in den Steuerlisten eine größere Frauenzahl auffallen); 3. die Unmöglichkeit der Männer in jeder Art von Beruf.

Bedeutend beeinflusst wird die Zahl der alleinstehenden Frauen zu jener Zeit durch das Zölibat der Geistlichen und der unverhältnismäßig großen Zahl der zölibatären in geistlichen Ämtern und Diensten stehenden männlichen Personen. In Frankfurt a. M. werden für das 14. und 15. Jahrhundert bei einer Einwohnerzahl von 8000—10 000 Personen auf den geistlichen Stand 200—250 Personen berechnet. Für Lübeck in derselben Zeit 250—300 Weltgeistliche und Klosterbrüder. In dem kleinen Gemeinwesen von Wismar wird um das Jahr 1485 die Zahl der Weltgeistlichen auf 150, in Nürnberg um 1449 der geistliche Stand mit Dienerschaft auf 446 angegeben.

Trotz einer anscheinend in der Natur der Sache liegenden Ausschließung der Frauen wenigstens vom zünftigen Gewerbebetrieb waren das ganze Mittelalter hindurch die Frauen vielfach im Gewerbe tätig — ein Beweis, sagt Bücher, daß deren Beschäftigung durch die tatsächlichen Verhältnisse sich als notwendig aufdrängte. Frauenarbeit finden wir in einer Reihe von Berufsarten, von denen sie gegenwärtig ausgeschlossen ist. Aus Frankfurter Urkunden von 1320—1500 ergaben sich rund 200 Berufsarten mit Frauenarbeit. Die Verfertigung von Schnitten und Bändern, Hüllen und Schleiern, Knöpfen und Quasten ist ganz in den Händen der Frauen. Sie sind beteiligt an der Schneiderei, Kürschnerei, Handschuh- und Hutmacherei, sie fertigenbeutel und Taschen, leberne Brustflecke und Sporleder und andre mehr. Ihre Tätigkeit reicht bis in die kleine Holz-

und Metallindustrie: Nadeln und Schmalen, Ringe und Goldbraut, Besen und Bürsten, Matten und Körbe, Rosenkränze und Holzschüssel gehen aus Frauenhänden hervor. Die Feinbäckerlei liegt vielfach den Frauen ob, ebenso fast ausschließlich die Bierbrauerei und die Herstellung von Kerzen und Seife. Sie überwiegen im Kleinhandel, im Hokenwert und Trüdelgeschäft, und an dem sehr entwickelten Handel mit Hafer und Heu sind sie stark beteiligt.

Die Frauen sind als Lohnarbeiterinnen wie auch als selbständige Meisterinnen tätig. Neben Frauen und Töchtern helfen auch die Mägde beim Handwerk des Meisters; die Meisterswitwe führt selbständig das Geschäft ihres Mannes weiter. Auch in der Weberei gibt es weibliche Lohnarbeiter und weibliche Meister. Ebenso zum Teil bei der Leinenweberei. In Köln bestand eine eigene Kunst von Garnmacherinnen. Es wird sogar von Gewerben berichtet mit zünftiger Ordnung, die ausschließlich aus Frauen bestanden. Auch im städtischen Dienst wurden Frauen verwendet als Hebammen und Krankenpflegerinnen, als Schlaghüterinnen, Pfortnerinnen, Turmwächterinnen, Pöllnerinnen und beim Hüten des Viehs. Sogar beim Rundschafferdienst hat man Frauen angestellt.

Ein großer Teil Frauen aus den vornehmen Gesellschaftsklassen fanden Aufnahme in Klöstern und ähnlichen Stiftungen. Die im Mittelalter alles beherrschende Kirche war die oberste Instanz aller Klöster und Frauenhäuser. In dem Maße wie der Reichtum durch Stiftungen und durch hohe Einfuhrgebühren der nicht unter die Haube gebrachten Töchter aus der bestehenden Klasse in den Frauenhäusern wuchs, nahmen Wohlleben, eitle Lust und Müßiggang zu. Unter der klösterlichen und kirchlichen Gewandlung, die ihnen äußerlich den Stempel der Frömmigkeit und Heiligkeit verlieh, verbarg sich Heuchelei und Sittenentartung.

Daß die Klöster und Frauenhäuser lange nicht dem Bedürfnis einer notwendigen Versorgung der überschüssigen Frauen entsprachen, ersehen wir aus der sehr großen Zahl der sich ständig vom Bettel ernährenden und auf der Landstraße liegenden Frauen. Aus einem Teil dieser fahrenden Frauen rekrutierte sich die Prostitution.

Man kann nach alledem nicht behaupten, daß das Mittelalter seine „Frauenfrage“ gelöst hätte. Unter der Vormundschaft und Herrschaft der Kirche, wo Lüge und Heuchelei die geduldeten Begleiterscheinungen frömmsten äußeren Kirchendienstes waren, konnte sie auch kaum anders gelöst werden. Die Frau als Dienerin der Kirche und des Mannes war alleinstehend säus- und hilflos in einer gewalttätigen Gesellschaft.

Rohtabak-Angebot von Heinrich Franck, Berlin, siehe vierte Seite des Hauptblattes.

Telephon 11358. Telephon 11358.

Hermann Lehmann, Leipzig

6 Bauhofstrasse 6

empfiehlt als besonders preiswert und gut

Sumatra-Decker à 220, 240, 250, 260, 280, 300, 340, 380, 410, 500 g .	Havana, hochfeine Einl. à 270, 350 g .
Sumatra-Umblatt à 160, 175 g .	Yara-Cuba, vorzüglich, à 260 g .
Vorstenlanden-Decker à 250, 310, 320, 400, 500 g .	Carmen-Umblatt à 130, 140, 145, 150 g .
Java-Umblatt à 150, 160, 170, 175, 180, 185 g .	Carmen-Einlage à 110 g .
Java-Einlage à 115, 120 g .	Domingo-Umblatt à 135, 145, 150 g .
Aufarbeiter à 125 g .	Domingo-Einlage mit Umblatt à 110, 115, 120 g .
Felix-Decke, schneeweiß Brand 220 g .	Mexiko San Andres à 450, 550 g .
Felix-Einlage à 135, 145, 150, 160, 170, 175 g .	Losgut, sehr blattig und gesund, à 100, 110, 115 g .
	Uckermärker à 92, 100 g .

Preise per Pfund verzollt inkl. Wertzoll.
Versand unter Nachnahme mit 3 Prozent Skonto.
Man verlange neueste Preisliste.

Brinkmeier & Co.

Bremen, Geeren 58

altbekannte reelle Bezugsquelle, empfehlen als gut und preiswert

Sumatra-Decker 180, 215, 220, 250, 260, 300, 340, 350, 400, 425, 500, 550 g

Borneo-Decker 300 g , hellbraun, verfehrt gerollt

Sumatra-Umblatt, sehr preiswert, 160, 165, 170, 180 g , alles 3. Rängen

Java-Vorstenlanden-Decker 200, 230, 240, 330, 340 g

Java-Aufarbeiter 130, 135 g , äußerst blattig, meist Umblatt

Java-Umblatt 145, 150, 160, 170 g

Java-Einlagen 105, 110, 115 g

Brasil-Decker 200, 220, 240, 280 g , schneeweiß Brand, günstig deckend

Brasil-Umblatt u. Einlage, 125, 140, 150, 160, 170 g , nur gutschmeckende Qualitäten

Carmen-Umblatt, Aufarbeiter, 100, 110, 115, 125, 130, 140 g , alles leichte, gutschmeckende Ware

Domingo-Umblatt, Aufarbeiter, 105, 110, 115, 125, 135 g , trocken und sauer

Seedleaf-Umblatt 145, 155 g , leichter feiner Tabak

Mexiko-Decker, braun, kolossale Deckkraft, 250 g

Havana-Einlage 170, 180 g , lose Blätter, feiner Geschmack

Havana-Einlage 275, 300 g , malottiert, für feinstes Fabrikat

Yara-Cuba 220 g , sehr blattig, durchdringende feine Qualität

Losgut 100, 105, 110 g , nur allerbeste, sehr blattige Ware, Spezialität

Kentucky 130, 150, 160, 170, 180 g

Virginia-Umblatt u. Einlage für Destreicher und Brissago 160—180 g

Geschneitene Einlage Java mit Brasil 110 g , vorzügliche Einlage.

Versand unter Nachnahme.
Preise per Pfund verzollt inkl. Wertzoll.

Als ganz besonders preiswert offeriere:

Sumatra à 1.70, 1.80, 2.—, 2.20, 2.40 bis 5.50 M. — Java à 1.10, 1.15, 1.20, 1.35, 1.60, 1.70 bis 2.— M. — Felix à 1.15, 1.35, 1.45, 1.50, 1.80 M. — Decke à 2.20 M. — Domingo à 1.10, 1.15, 1.20, 1.25 bis 1.50 M. — Carmen à 1.15, 1.20, 1.30, 1.40, 1.50 M. — Mexiko-Decke à 3.60, 3.80, 4.50 M. Einlage à 1.40 M. — Havana à 2.60 u. 3.60 M. — Cuba à 2.50 M. — Prima Holländer Umblatt à 1.20 u. 1.25 M. — Elsässer à 98 g . — Uckermärker, lose Blätter à 98 g , geschnürt à 1.05 u. 1.10 M.

Disto gewähre 3 Prozent. — Versand nur unter Nachnahme.

Illustrierte Preisliste gratis und franko.

Bernhard R. Müller

Magdeburg, Fürstenwallstr. 9.

Neuestes Rohtabak-Versandgeschäft der Provinz. — Gegründet 1886.

Java-Sumatra hinterschell per Pfund 2.70 M.

Java-Sumatra 1. Blattlänge per Pfund 3.60 M.

Diese Tabake brennen tabellos und decken mit 1/2 Pfund.

Carl Roland, Berlin SO.

Kottbusser Straße 4.

Jacob Hirsch jr., Mannheim B 1, 9.

Alle Sorten in- u. ausländischer Tabake zu billigsten Tagespreisen inkl. Zoll u. Wertsteuer. Post-Versand per Nachnahme. Ziel nach Uebereinkunft bei Aufgabe von Ia. Referenzen.

J. H. Koopmann, Bremen

Fernsprecher 3946 Neustadtswall 36 Fernsprecher 3946

empfiehlt in bekannter Preiswürdigkeit:

Sumatra-Decker, nur Vollblatt, 185, 200, 220, 240, 250, 260, 275, 280, 300, 320, 340, 420, 460, 500 g	Mexiko-Decker (Andres) 300, 350, 400 g
Sumatra-Umblatt, Vollblatt, 155, 180 g	Havana 200, 250, 300, 400 g , Decker 700 g
Java-Decker dunkel 220 g , hell 260, 280, 300, 320 g	Yara-Cuba 200, 220 g , feine Qualität
Java-Umblatt 140, 155, 160, 165 g	Seedleaf-Umbl. 120, 130, 140, 150 g
Java-Einlage 95 g , mit Umbl. 110, 120, 130 g	Carmen-Umbl. 100, 110, 125, 130 g
Vorstenland-Decker 260, 275, 300, 320 g	Domingo-Umblatt 110, 120, 130 g
Brasil-Decker 175, 200, 210 g	Domingo-Einlage und Umbl. 100 g
Brasil-Einlagen Umbl., leicht u. trocken, 125, 130, 140, 150, 160 g	Rio-Grande-Decker 120, 130 g , Einlage 110 g

|| Wickelformen (neu und gebraucht, in allen Fassons, von 50 bis 150 g . Neue, schmiedeeiserne Formenpressen mit Flachgewinde, besonders stark gearbeitet, für 10 bis 12 Formen, pro Stück 7.50 M. Gummi-Traganth, allerfeinste Ware, größte Klebekraft, per Pfd. 250 g . Zigarrenband pro 50 Meter-Rolle, gelb, 80, 105, 120, 125, 150, rot 130 g . Bastbündelband, grau und lachsfarbe, pro 100 Meter-Rolle 150 g .

Preise per Pfund verzollt einschl. Wertzoll. Versand nur unter Nachnahme.

Garant, rein überseeische Rippen laufen jeden Posten Funke & Cie., Düsseldorf.

Bettmässen

Befreiung sofort. Alter und Geschlecht angebend Auskunft umsonst: Institut „Sanitas“, Velburg 87, Bayern.

Hygienische

Bedarfsartikel. Neuest. Katalog m. Empfehlung v. Prof. Dr. H. Unger, Gummiwarenfabrik, Berlin NW., Friedrichstr. 91/92.

Arbeit und Trunk

von John Burns Mitglied des engl. Parlaments. Bei freier Zusendung 30 Pfg. Zu beziehen durch die Expedition des Tabak-Arbeiter, Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.

Todes-Anzeigen.

Am 1. Januar starb nach langem schwerem Leiden unser Kollege Aug. Wittland im Alter von 26 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Mitglieder der Zahlstelle Enger i. B.

Am 23. Dezember verstarb unser langjähriges Mitglied, der Zigarrenmacher Richard Schol aus Goldberg im Alter von 47 Jahren an der Proletariatskrankheit. Ein ehrendes Andenken werden dem Verstorbenen bewahren Die Mitglieder der Zahlstelle Dresden.

Am Heiligabend raffte der unerbittliche Tod unser treues Mitglied Heinrich Hinrichs aus Burgdamm nach schwerem Leiden im Alter von 62 Jahren dahin. Ein treues Andenken bewahren ihm Die Mitglieder der Zahlstelle Burgdamm.

Am 26. Dezember verstarb unser Kollege Wilh. Kirchhoff aus Helmstedt. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Mitglieder der Zahlstelle Helmstedt.

Am 28. Dezember verstarb nach kurzem Krankenlager unser ältester Kollege Friedrich Grabsinsky im 60. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Mitglieder der Zahlstelle Glas.

Am 31. Dezember verstarb unser Kollege, das Mitglied Oswald Stacho im Alter von 42 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Mitglieder der Zahlstelle Oberottendorf.

Grösstes Zigarren-Wickelformenlager Deutschlands

in neuen und gebrauchten Formen finden Sie nur bei

L. Cohn & Co.

Berlin N., Brunnenstrasse 24.

Verlangen Sie sofort Modellbogen von neuen und gebrauchten Formen. Zusendung kostenlos sofort.

Jedes Fasson in neu und gebraucht stets am Lager.

positiven Einrichtungen zu treffen, sondern es wird auch dafür gesorgt werden müssen, daß die Sozialdemokratie nicht wirksame Gegenmaßnahmen ergreifen kann, denn es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Partei gegenüber von Maßnahmen, welche eine ihrer wichtigsten Operationsfelder verschließen soll, den äußersten Widerstand leisten und nichts unversucht lassen wird, um die staatlichen Maßnahmen nach Kräften unwirksam zu machen. Hand in Hand mit den zweckdienlichen Veranstaltungen werden daher durch die Gesetzgebung der Regierung die nötigen Vollmachten erteilt werden müssen, um solchen Gegenbestrebungen der Sozialdemokratie wirksam entgegenzutreten zu können.

Also ein richtiges kleines Sozialistengefäß! Und die Kammer der Junker und der Heiligen wird mit dieser Aufgabe betraut! Mag indessen in dieser Teufelsküche auch ein noch so widerlicher Hexentrank zusammengebraut werden, den Siegeszug des Sozialismus auch unter der arbeitenden Jugend wird man damit nicht aufhalten.

Die wachsame militärische Gerechtigkeit. Genosse Max Clement in Breslau, Gauleiter des Tabakarbeiterverbandes, war von der Strafkammer in Glogau „wegen Erpressung“ zu einer Woche Gefängnis verurteilt worden, weil er einen tarifbrüchigen Fabrikanten zur Erfüllung seiner Verpflichtungen gegenüber den Arbeitern anzuhalten versucht hatte. Nachdem er am Weihnachtsabend das Gefängnis verlassen, erhielt er alsbald eine Vorladung nach dem Bezirkskommando, wo ihm eröffnet wurde, daß ihm wegen seiner Bestrafung sein Dienstgrad als Gefreiter des 2. sächsischen Jägerbataillons entzogen werde. In seinen Militärpaß wurde folgender Vermerk eingetragen:

„p. Clement wird hiermit vom Gefreitengrade entfernt.
Meyer, Major 3. D.“

Natürlich bleibt Clement trotzdem dem Deutschen Tabakarbeiterverband erhalten, in dem er eine höhere Charge inne hat.

Alkohol und Wahnsinn. Es ist bekannt, daß der Alkohol einen besonders unheilvollen Einfluß auf die Keimzelle ausübt. Die Kinder von Alkoholikern leiden meist unter schweren körperlichen und geistigen Belastungen. In dem Neurologischen Zentralblatt bringt Max Sichel neues Material zu dieser Frage herbei. Er teilt mit, daß bei 308 von den 2523 in der Frankfurter Irrenanstalt aufgenommenen Alkoholbelasteten Trunksucht der Eltern oder naher Angehöriger festgestellt wurde. Von diesen 308 litten 39,9 Prozent an chronischem Alkoholismus, 16,4 Proz. an frühzeitigem Altersblödsinn, 3,6 Proz. an mechanisch-depressivem Irrensin, 7,5 Proz. an Hysterie, 15,2 Proz. an Epilepsie, 0,6 Proz. an traumatischer Psychose (durch Verletzung entstandene Geistesstörung), 4,6 Proz. an Paralyse und organischer Psychose, 1,6 Proz. an Altersblödsinn, 2,3 Proz. an anderen Leiden und 17,2 Proz. an Irrensein und Alkoholismus. 2/3 der durch die Trunksucht der Eltern Belasteten waren also selbst Alkoholiker, ein Fünftel litten an Krankheiten, die mit dem Alkoholismus in Verbindung stehen. Bei dem mit vorzeitigem Altersblödsinn Belasteten kamen häufige Züge von alkoholisch-delirantem Irrensein hinzu. — Diese Ziffern sollten eine ernste Mahnung für jeden sein, der gern einmal ein Gläschen über den Durst trinkt, denn nicht nur der gewohnheitsmäßige Säufer, sondern auch der Gelegenheitsstricker kann sein im Rausche gezeugtes Kind für das ganze Leben der geistigen Minderwertigkeit oder gar dem Blödsinn überantworten.

„Nationale“ Krankenkassenbeamte. In Sachsen besteht seit längerer Zeit ein Landesverband der Ortskrankenkassenbeamten, der sich ein nationales Mäntelchen umhängt und in bewußten Gegensatz stellt zu der großen Masse der sonstigen Kassenbeamten. Eine der ersten Taten dieses Verbandes gipfelte in der Materiallieferung gegen die Leipziger Ortskrankenkasse an arbeiterfeindliche und reichsverbändlerische Zeitungen. Am 20. November hat sich nun in Leipzig ein Bund Deutscher Krankenkassenbeamter gebildet, der anscheinend in den gleichen Fußstapfen zu wandeln gedenkt, wie der sächsische Landesverband. In einer Petition, die von dem Bundesvorsitzenden Kempf (Mannheim) und dem Schriftführer Elbel (Weimar) unterzeichnet ist, wird vom Reichstag verlangt, daß er die §§ 362 bis 371 der Reichsversicherungsordnung dahin abändere, daß die Krankenkassenbeamten die Rechte und Pflichten von Staats- oder Kommunalbeamten erhalten. Eine gleiche Petition hatte schon der sächsische Verband an den Reichstag gerichtet. Natürlich ist nichts gegen Geltendmachung solcher Forderungen zu sagen, wenn nicht diese „nationalen“ Kassenbeamten die Gelegenheit benützen, ihren Wünschen durch reichsverbändlerische Verleumdungen bei der Reichstagsmehrheit stärkere Berücksichtigung zu sichern. Mit dem Mittel der Beschimpfung der Sozialdemokratie glaubt man heute von der Reaktion eben alles erhalten zu können.

Und deshalb wird in der Petition ausgeführt:

Die Uebertragung der Rechte und Pflichten von Staats- oder Kommunalbeamten auf die Beamten der Ortskrankenkassen ist ein Gebot der Notwendigkeit, um der Verwaltung in den Krankenkassen eine sichere Grundlage zu geben.

Eine vertragliche Regelung der Anstellungsverhältnisse vermag eine Garantie für die Sicherung der Beamtenrechte nicht zu bieten, da nach den gemachten Erfahrungen und neuerlichen Vorgängen in verschiedenen Kassen die Vertragsbestimmungen nicht respektiert werden und das Zustandekommen des im Vertrag vorgesehenen Schiedsgerichts entweder möglichst vereitelt oder der Schiedsspruch von der Verwaltung ignoriert wird. Die Tatsache, daß von sozialdemokratischer Seite besonders das Recht der Stellenbesetzung in den Ortskrankenkassen sowie die Ausübung der Dienstgewalt über die Beamten so nachhaltig verteidigt wird, und gerade diese Punkte vielen andern voranstellt, hat doch in der Hauptsache tiefer liegende Gründe. Die Beamten sind sich nicht darüber im Zweifel, daß die Sozialdemokratie alles aufbieten würde, sich die national gesinnte Beamenschaft gefügig zu machen, wenn die Reichsversicherungsordnung nicht den erwarteten Schutz bringen würde. Der zurzeit in der deutschen Presse mit Entrüstung verbreitete tiefbedauerliche Fall des Kassierers Gräffer in Freiberg, den man mit ganz ungerechtfertigten Beschuldigungen verfolgt hat, bis er keinen andern Ausweg mehr fand, als freiwillig aus dem Leben zu scheiden, gibt hiervon einen Vorgeschmack.

Wie dumm bei aller Bosheit der Petenten die Angriffe gegen die Sozialdemokratie sind, beweist am besten die Berufung auf den Fall Gräffer. Wenn in irgendeinem Falle ein scharfes Einschreiten einer Krankenkassenverwaltung notwendig war, dann gerade in diesem Fall, in dem zugebenenerweise durch Gräffers Schuld die Kassenverwaltung in ungläublicher Weise verlorrtet worden war. Wollen die nationalen Kassenbeamten sich eine

Stellung sichern, die einen „Fall Gräffer“ unmöglich macht, dann würde das geradezu eine gesetzliche Sanktion der Bummel und Unzuverlässigkeit der Kassenbeamten bedeuten.

Berichte.

Zur Bewegung im Gau 1. Die Firma Ahrendt u. Krause, Hamburg, erhöhte 3 Sorten um 50 Pfg. und eine Sorte um 1 Mark pro Mille; der Zigarrenfabrikant Wih. Geller, Hamburg, bessere eine Sorte um 2 Mark pro Mille auf; der Zigarrenfabrikant Jul. Scholz, Hamburg, erhöhte die Hausarbeiterlöhne bei vier Sorten um 1 Mark pro Mille; die Firma Robert Schiepan, Hamburg, bessere drei Sorten um 50 Pfg. pro Mille auf. Die Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine, Hamburg, läßt mit dem 1. Januar 1911 die Neuerung eintreten, daß sie die ganzen Beiträge zur Ortskrankenkasse für ihre Arbeiter — also auch für die Tabakarbeiter ihrer Betriebe — selbst zahlt. Diese neue Einrichtung steht in einem recht wohlthuenden Gegensatz zu der Praxis anderer Großfabrikanten der Zigarrenbranche im Städtekomplex. Diese machen sich jene schnurige Rechtsauffassung, nach welcher Hausarbeiter nicht versicherungspflichtig sind, zunutze und zahlen für ihre in der Hausindustrie beschäftigten Arbeiter noch nicht einmal das gesetzliche Drittel der Beiträge. So kommt es, daß die große Mehrzahl der in der Heimindustrie beschäftigten Haus- und Hilfsarbeiter der Tabakbranche die ganzen Ortskrankenkassenbeiträge von ihrem niedrigen Verdienst selbst zahlen müssen. — Ob das Vorgehen der Großeinkaufsgesellschaft die Zigarrenfabrikanten wohl zu einer andern Haltung veranlassen wird?

Ueber die durch die Tabaksteuererhöhung verursachte Arbeitslosigkeit berichtete ich Mitte November, daß sich trotz des Weihnachtsgeschäfts noch 300 arbeitslose Tabakarbeiter, darunter 200 Zigarrenarbeiter, in den Kontrollstellen meldeten. Diese Zahl hatte sich bis zum 24. Dezember auf 150 Arbeitslose verringert. In dieser Woche haben aber mehrere große Firmen bereits Entlassungen vorgenommen, so daß die Zahlen vom November wieder erreicht sind. Leider sind noch weitere Entlassungen zu befürchten.

Von andern Orten des Gaus ist zu berichten, daß die Kantabakarbeiter Flensburgs dem Beispiele ihrer Kollegen von Gadersleben und Rendsburg gefolgt sind und Lohnforderungen an die Firma Franz v. Bügau, Flensburg, stellten. Das Resultat war, daß die Alfordlöhne um 40 bis 95 Pfg. pro Zentner erhöht wurden. Die Löhne der Hilfsarbeiterinnen, die vor etwa vier Monaten von 15 auf 16 Pfg. pro Stunde erhöht worden waren, blieben unverändert. Eine Mahnung für diese Arbeiterinnen, sich ebenfalls dem Verbands anzuschließen, um so ihren Lohn von 9,28 Mark pro Woche wenigstens auf die Höhe des in Gadersleben und Rendsburg gezahlten Lohnes von 10,80 Mark zu bringen. Die Firma Helmuth Meyer, Weidenfleth, erhöhte die Lohnsätze für die Zigarrenhausarbeiter um 50 Pfg. pro Mille. In Neumünster, wo bereits im Jahre 1909 fünf Fabrikantentaxen mit dem Verbands abschlossen, wurde jetzt nochmals der Versuch gemacht, die andern Firmen zum Tarifabschluß zu bewegen.

Die Zigarrenfabrikanten Geinr. Dander, Aug. Möller und Paul Deder in Neumünster, sowie Hermann Stange in Wattenbel bei Bordesbholm schlossen hierauf einjährige Tarife ab. Die Lohnsätze (Mindestlohn 10 Mark pro Mille) blieben unverändert, bis auf eine Sorte, die von Aug. Möller um 50 Pfg. pro Mille aufgebessert wurde. Rud. Sadelberg, Gauleiter.

Gandersheim. Am 1. Jan. fand eine Mitgliederversammlung statt mit der Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 1. Quartal; 2. Wahl der Ortsverwaltung; 3. Wahl eines Delegierten zum Heimarbeitertongreß. Erschienen waren von 36 Mitgliedern 7 Kollegen. Der Kassenbericht ergab eine Einnahme von 234,29 Mk. An den Vorstand wurden 125 Mk. gesandt, es verbleiben als Kassenbestand nach Abzug der geleisteten Unterstützungen umf. 30,41 Mk. Die Abrechnung wurde für richtig befunden und der Kassierer entlastet. Der zweite Punkt wurde wegen des großartigen Besuchs der Versammlung von der Tagesordnung auf Antrag der Ortsverwaltung abgesetzt. Der dritte Punkt mußte leider erledigt werden, da die Wahl eines Delegierten zum Heimarbeitertongreß nicht aufzuschieben war. Es erhielt sämtliche Stimmen Kollege W. Wolf in Seesen.

Kollegen der Zahlstelle Gandersheim! Am 22. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, findet wegen des schlechten Besudes nochmals eine Mitgliederversammlung statt, in welcher die Wahl der Ortsverwaltung vorgenommen werden soll. Ihr werdet hiermit zu derselben ergebenst eingeladen, und hofft die Ortsverwaltung, daß diese sowie die kommenden Versammlungen zahlreich besucht werden. Die Ortsverwaltung.

Literarisches.

Die Gewerkschaften. Wesen, Aufbau, Kampfmittel und Ziele der österreichischen und deutschen Gewerkschaften. Vortragsdispositionen von Adolf Braun. Diese Schrift, deren erste Auflage wir vor kurzem angezeigt haben, ist nun im gleichen Vierteljahre, in dem die erste Auflage erschienen ist, auch in der zweiten Auflage herausgekommen. Es ist dies um so bemerkenswerter, als sich diese Arbeit nicht an die große Masse der organisierten Arbeiter, sondern vor allem an die Organisatoren, Redner und Vertrauensleute wendet. Sie enthält bekanntlich nicht Vorträge, sondern Anleitungen zum Halten von Vorträgen. Daß diese Vortragsdispositionen, die eine neue Erscheinung in unserer gewerkschaftlichen Literatur sind, einem starken Bedürfnisse entsprechen, beweist das rasche Erscheinen einer zweiten Auflage. Diese ist durchgesehen und vermehrt; sie ist nun 56 Seiten stark und vor allem durch Literaturangaben bereichert. Der Preis der zweiten Auflage ist mit 60 Hellern, 60 Pfg., beim Bezug durch den Buchhandel, mit 40 Hellern, 40 Pfg., bei größeren direkten Bezügen der Gewerkschaftsorganisationen festgesetzt und ist von der Zentralstelle für das Bildungswesen der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich (Robert Danneberg, Wien V., Wienstraße 89a) zu beziehen.

Vereinstell.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Deichmann, Vorsitzender, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6. — Telefon Nr. 6046. Bureauezeit von 8 bis 4 Uhr nachmittags.

Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6, zu adressieren. Geld-, Einschreib- und Wertsendungen nur an W. Niederwiesland, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6.

Für den Ausschuß bestimmte Zuschriften sind an Emil Gilden, Altona-Ottensen, Hohenes 3, pt., zu adressieren.

Bekanntmachungen.

Um Angabe des Aufenthaltsortes wird ersucht: Von den Zigarrenmachern Karl Federowik aus Bromberg, S. I., 77072, aufgen. am 23. 1. 09. Karl Röhr aus Posen, aufgen. am 24. 11. 02, S. I., 46049, S. I. II.

Zur Statistik über Arbeitslosigkeit unter den Verbandsmitgliedern.

Achtung, Bevollmächtigte! Die Statistikkarte betreffs Arbeitslosigkeit für die Woche vom 2. bis 7. Januar d. J. muß von allen Zahlstellen — ganz gleich, ob arbeitslose Mitglieder vorhanden waren oder nicht — bis zum Dienstag, den 10. Januar, eingeliefert werden. Bremen. Der Vorstand.

Vom Vorstande sind ernannt:

Für Hagen i. Westfalen: Albert Basse als 1. Bev., S. Lewin als 2. Bev., Abele Spuar als 3. Bev.; J. Schnitzer, C. Schleier als Kontrolleure.

Vom 28. Dezember 1910 bis 2. Januar 1911 sind folgende Gelder bei mir eingegangen:

A. Verbandsbeiträge:	
26. Dezember 1910.	30. Dezember 1910.
Seligensstadt 30.—	Burgdamm 250.—
27. Münden i. S. 100.—	30. Calbe 40.—
27. Rößwein 50.—	30. Balldorf 50.—
27. Seesen 60.—	30. Braunschweig 100.—
27. Waldheim 150.—	30. Treffurt 180.—
27. Eberswalde 100.—	30. Dessau 50.—
27. Eisenberg 150.—	30. Welterenger 150.—
27. Seimen 90.—	30. Mannheim 50.—
27. Hagloh 10.—	30. Erdmannsdorf 70.—
28. Kirchzellern 200.—	30. Offenbürg 100.—
28. Belgig 12.—	30. Korbach 60.—
28. Neuenkirchen 50.—	30. Vöben 150.—
28. Pfungstadt 400.—	31. Bremen 42,20
28. Kirchheim b. Heideberg 110.—	31. Bernburg 100.—
28. Schönau 90.—	31. Freben 35.—
28. Elgersweier 60.—	31. Trebbin 100.—
28. Reilingen 230.—	31. Wilsen 100.—
28. Sandhofen 100.—	31. Rottbus 80.—
29. Bischofswerda 100.—	31. Riegnitz 100.—
29. Rughloh 120.—	31. Magdeburg 250.—
29. Raden 80.—	31. Dröy 100.—
29. Speyer 200.—	31. Neumünster 120.—
29. Dittersheim 45.—	31. Halberstadt 400.—
29. Gandersheim 50.—	31. Spandau 50.—
29. Sprodom 270.—	31. Wintersdorf 380.—
29. Herrhausen 80.—	31. Geldern 150.—
29. Lauenburg 80.—	31. Burzen 120.—
29. Hünde-Ennigloh 300.—	31. Etenfoben 50.—
29. Prießbus 30.—	31. Klein-Steinheim 80.—
29. Garbeleung 30.—	31. Nordhausen 800.—
29. Frankfurt a. D. 115.—	1. Januar 1911.
29. Pasewalk 70.—	Witzburg 100.—
	1. Rahden 70.—

Etwasige Reklamationen wolle man innerhalb 14 Tagen bei dem Unterzeichneten anbringen.

Bremen, den 2. Januar 1911. W. Niederwiesland, Kassierer, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6.

Adressen-Änderungen:

Für Hagen i. Westfalen: Der 1. Bev. Albert Basse wohnt Körnerstraße 70. — Der 2. Bev. S. Lewin wohnt Körnerstraße 70.

Mitglieder-Versammlungen.

(Mitglieder, besucht eure Versammlungen zahlreich!)

In Eilenburg: Sonntag, den 8. Januar, nachmittags 5 Uhr, im Gewerkschaftshaus Tivoli. Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Kartellbericht. 3. Neuwahl der Ortsverwaltung. 4. Verschiedenes. — Um zahlreiches Erscheinen erlucht.

In Schwège: Sonntag, den 8. Januar, mittags 1 Uhr, bei Bolz, Brühl. Tagesordnung: 1. Wahl der Verwaltung und Kartelldelegierten. 2. Lokalkasse. 3. Verschiedenes. — Vollzähliges Erscheinen aller Mitglieder ist erforderlich.

In Herford: Sonntag, den 8. Januar, vormittags 10 1/2 Uhr, bei Oeberdt, Bergertor. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. — Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder erforderlich.

In Riegnitz: Sonntag, den 8. Januar, nachmittags 4 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1910. 2. Neuwahl der Verwaltung. 3. Verschiedenes. 4. Erscheinen aller ist Pflicht.

In Weiskens: Sonntag, den 8. Januar, nachmittags Punkt 3 Uhr, im Volkshaus, Merseburger Straße. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. — Es ist Pflicht, daß jedes Mitglied anwesend ist, da wichtige Beschlüsse gefaßt werden.

In Lemgo: Montag, den 9. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Mohrmann. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1910. 2. Wahl der Bevollmächtigten und Kontrolleure, des Vereinsboten und der Kartelldelegierten. 3. Verschiedenes.

In Löwenstein-Thal: Montag, den 9. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in der Restauration Friedenthal. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Gauleiter W. Schüller wird anwesend sein. — Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

In Vöhne: Donnerstag, den 12. Januar, abends 8 1/2 Uhr, beim Kollegen Wih. Baumann. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.

In Niederbergen: Sonnabend, den 14. Januar, abends 8 Uhr. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1910. 2. Verschiedenes.

In Ahim: Sonntag, den 15. Januar, nachmittags 4 Uhr, bei C. Rühge. Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Wahl der Bevollmächtigten und Kontrolleure. 3. Die Tabaksteuererhöhung und die in der deutschen Tabakindustrie beschäftigten Tabakarbeiter. Referent: Kollege R. Deichmann-Bremen.

In Koburg: Sonntag, den 15. Januar, nachmittags 1/2 Uhr. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1910. 2. Wahl des Gesamtvorstandes. 3. Verschiedenes. — Um zahlreiches Besuch, hauptsächlich der auswärtigen Mitglieder, wird gebeten.

Stellen-Angebote.

In Thüringen und in Sachsen-Mitteleuropa sind 4 bis 5 Plätze für Zigarrenmacher mit Wickelmachern zu besetzen. Auf diese Stellen reflektierende wollen sich beim Arbeitsnachweis für den 10. Gau, Erfurt, Reind. Blankenburg, Routhurgasse 6, Str. 8., melden.

Wennigbüßen. Arbeitslosen- und Krankenunterstützung werden jeden Freitag, nachmittags von 2 bis 4 Uhr, in der Wohnung des 2. Bev. Fr. Lübbing, Bielefeld 125, ausgezahlt.

Wandsbeck. Der Arbeitsnachweis befindet sich beim 1. Bev. S. Kunze, v. Lengerkestraße 10, I. Sprechstunde: 9 bis 10 Uhr vormittags, 1/2 bis 1/3 Uhr nachmittags. Dasselbe wird Kranken- und Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt. — Gleichzeitig teilen wir den Kollegen mit, daß sich unser Verkehrslokal von jetzt ab bei dem Genossen Georg Wachtmann, v. Lengerkestraße 59, befindet.

Heinrich Franck, Berlin N⁵⁴

Gegründet 1879.

Gegründet 1879.

Vom 1. Januar ab im neuen Geschäftshaus

Brunnenstrasse 22.

Telephon: Amt III, 4352. — Postscheckkonto: Berlin Nr. 1738.

Beachten Sie die horrend günstigen Offerten meines im Taschenbuch enthaltenen Kataloges!

Meine Tabakauswahl ist die denkbar reichhaltigste, meine Preise infolge direkten Einkaufs in den Einschreibungen die denkbar niedrigsten

Bitte ausschneiden und in das Taschenbuch einkleben!

Katalog-Nachtrag

Bitte ausschneiden und in das Taschenbuch einkleben!

über die in der Einschreibung vom 16. Dezember 1910 direkt gekauften 4 Partien — 246 Ballen — Java-Tabak:

Java-Umblatt:

Nr.	Bezeichnung	verzollt
Nr. 1635.	Wonogrio. Grosse 3. Länge, sehr leicht auf der Hand, volles rundes Blatt, sehr ergiebig	Mk. 1.60
Nr. 1636.	Wonogrio. 2. Länge, Qualitätsmarke, horrend blattig, leicht auf der Hand, riesig ergiebig	Mk. 1.70
Nr. 1637.	Djorongau. Bezoeki-Art, reifbraune zarte, rundgewachsene 4. Länge, für besseres Fabrikat	Mk. 1.75
Nr. 1638.	Djorongau. Bezoeki-Art, grosse, ungemein blattige 4. Länge, reifbraun, zart	Mk. 1.85
Nr. 1639.	Djorongau. Bezoeki-Art, 3. Länge, reifbraun, zart, horrend blattig, riesig leicht auf der Hand	Mk. 1.90

Java-Aufarbeiter:

Nr.	Bezeichnung	verzollt
Nr. 1630.	SC. Tadellose Einlage, leicht auf der Hand, reif, braun, guter Geschmack	Mk. 1.20
Nr. 1631.	Speranza. Aufarbeiter, sehr blattig, reif, tadelloser Geschmack	Mk. 1.30
Nr. 1632.	Speranza. Aufarbeiter, sehr blattig, fest, Qualitätstabak	Mk. 1.35
Nr. 1633.	Wonogrio. Prima Aufarbeiter, horrend ergiebig, feines Qualitätsmerk	Mk. 1.40
Nr. 1634.	Wonogrio. Fast reines Umblatt, sehr breit, kerniger Geschmack, riesig ergiebig	Mk. 1.50

Heinrich Franck, Berlin N⁵⁴

jetzt Brunnenstrasse 22.

Man verlange unsere neuesten Modellbogen

L. Cohn & Co., Berlin N.
Brunnenstrasse 24.

bieten bei
Neuanschaffungen

von
Wickelformen

eine riesenhafte Auswahl bei den denkbar grössten Vorteilen.

Franko-Versand durch ganz Deutschland

Wiederverkäufer höchsten Rabatt.

Ständiges Lager von über 30 000 neuen Wickelformen.

Ständiges Lager von über 10 000 gebr. Wickelformen.

Jedes Fasson stets am Lager.

Anerkannt erst-Weissenburger Fassonfabrik geleimt u. klassig. Fabrikat genaugt

Roh-Tabak.

Empfehle zu bekannt billigen Preisen:

- Sumatra-Deckbl., braun 265
- Sumatra-Deckbl., hell 3. Länge 200, 250
- 1. und 2. Länge 320, 420
- Sumatra-Deckbl., Stückbl., 1. u. 2. Länge, hell 200, 250
- Sumatra-Umbl. 155
- Java-Vorstenland 300, 205
- Java, großes leichtes Bollbl. 150, 155, 165
- Java-Umblatt und Einlage 100, ganz leicht 125, 115
- St. Felix-Brasil-Decker 190
- St. Felix-Brasil, Umblatt und Decker 140, 160
- St. Felix-Brasil, Einlage und Umblatt 125, 130
- Carmen, Einlage und Umblatt 95, 100
- großes Umblatt 110, 120
- Domingo-Umblatt 95, 100
- großes leichtbrennendes Umblatt 110
- Losgut, nur ameril. Tabate, 90, 95, 100

Preise per Pfund verzollt, einschließlich Wertzoll. Versand unter Nachnahme. Kredit nach Uebereinkunft.

F. Reil, Bremen
Weizenkampstrasse 187.

Hermeking & Boy

Berlin N., Brunnenstrasse Nr. 183
Roh-Tabak Bedarfs-Art.

Sumatra-Decke, sehr große Auswahl hellfarb. Stückblatt 350, 400, 440, 280, 300, 350, 375, 400, 450, 475, 500, 425, 470, 475, 600

- hellfarb. Bollblatt à 300, 325, 350, 375, 425, 470, 475, 600
- fein. Bollbl. à 180, 190, 200, 230
- mattefarbiges Sandblatt à 325 u. 350
- mittelfarbiges Bollblatt à 250, 260, 280, 300, 350, 375, 400, 450, 475, 500
- Vorstenland-Decke à 195, 210, 250, 350
- Java-Decke, große Deckkraft à 250, 300
- Java 110, 115, 120, 125, 145, 170, 180
- Mexiko-Deck-Ersatz à 225, 260, 300
- Brasil à 135, 145, 150, 165, 185, 200
- Brasil-Decke à 300, 350
- Carmen à 110, 115, 120, 130, 135, 150, 160
- Domingo à 110, 115, 120, 140, 145, 170
- Yara-Cuba, großartige Qual. 350, 400
- Havanna in Mel. à 300, 350, lose à 200

Losgut garant. überreife, kern-100 Uckermarkter la 100

Wickelformen, neue, zu Originalpreisen, gebrauchte viele moderne Fassons (oben wieder eingetroffen)

Pressen zu 10 Formen 8, 10, 16, mit Rad 19, ganz Eisen 26

Presskasten zu 1000 Zigarren nur 550

Rollbretter 175, 200, Strohholz 300, 400

Bündelböcke, verstellbar, nur 125 u. 225

Arbeitsmesser v. J. A. Denfels 20, 30, 35

Laok, 8 Stangen 25 und 30

Papier, blau, ca. 40 Vogen 20, rot 25

Band, 50 Meter von 60 an gebraucht, sortiert, Seide, 5 u. 6 p. Pf.

Ringe ff. nur 20, 25, mit Porträt 45

Etiketten von 35 à per 100 Stück an Gummi Tragant à 175, 200 u. 250 p. Pf.

Amlac, engl., in Drißbüch. à Drißpreis.

Gebrauchte Arbeitstische, Pressen, Rahmen, Siebe stets am Lager.

Preise per Kasse ohne Abzug. Versand unter Nachnahme!

Sumatra schönes hellfarbiges Stückblatt, großartiger Brand, große Deckkraft **nur 300**

Preise verzollt inkl. Wertzuschlag und Kasse mit 3 Prozent Skonto.